



Presseschau vom 10.06.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Marinko Učur: Russischer Botschafter in Bosnien und Herzegowina bei der Nationalversammlung der Republik Srpska

Mit Igor Kalabuchow, Botschafter der Russischen Föderation in Bosnien und Herzegowina, nahm zum ersten Mal ein russischer Diplomat an einer Sitzung der Nationalversammlung der Republika Srpska teil. Kalabuchow erinnerte dabei an die Rolle Russlands bei der Wahrung des Friedens in Bosnien und Herzegowina. ...

<https://kurz.rt.com/30j4> bzw. [hier](#)

Wladislaw Sankin: Wie deutsche Medien auf ukrainische Propaganda-Lügen über russische Vergewaltigungen hereinfliegen

Die ukrainische Ex-Menschenrechtsbeauftragte Denisowa hat wochenlang über perverseste russische Sexualverbrechen in der Ukraine erzählt. Nun räumte sie ein, in ihren Schilderungen "übertrieben" zu haben. Die deutschen Medien haben über die Absetzung ihrer einstigen Heldin kaum ein Wort verloren. ...

<https://kurz.rt.com/30hw> bzw. [hier](#)

de.rt.com: USA schüren Spannungen auf koreanischer Halbinsel – China und Russland gegen Sanktionen

China und Russland haben die Vereinigten Staaten beschuldigt, Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu schüren. Sie hatten sich im UNO-Sicherheitsrat gegen eine von Washington vorgebrachte Resolution gestellt, die weitere Sanktionen gegen Pjöngjang vorsah.

...

<https://kurz.rt.com/30io> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Die Not(wendigkeit) des Schmerzes

Verlieren ist für die Deutschen keine Option. In Anbetracht der eigenen Geschichte sollte diese gefährlich selbstbewusste Haltung eigentlich um mindestens einen, besser noch zwei Gänge zurückgeschaltet werden. Aber davon sind wir weit entfernt. ...

<https://kurz.rt.com/30j3> bzw. [hier](#)

Rainer Rupp: Sand im Getriebe der ukrainischen Propagandamaschine

Die normative Kraft des Faktischen in Gestalt der unausweichlichen Niederlage der Ukraine: Wie das System der Negativauslese für Spitzenjobs in Politik und Medien die westliche Kriegshysterie und Unterwerfung unter das US-Diktat begünstigt. ...

<https://kurz.rt.com/30iy> bzw. [hier](#)

Elem Raznochintsky: Der Westen scheitert am goldenen Rätsel des Rubels

Nach über drei Monaten der militärischen Sonderoperation ist die erhöhte Belastbarkeit des Rubels als Moskaus Nationalwährung ein verschachteltes Enigma – ganz besonders für die etablierten westlichen Institutionen, die große Hoffnungen in die Effekte ihres Wirtschaftskrieges gehegt haben. Warum trotz Russlands Währung den Sanktionen bisher?

...

<https://kurz.rt.com/30im> bzw. [hier](#)

Alexei Sakwassin, Jelisaweta Komarowa: "Vor dem Einsatz eliminieren!" Was bringen westliche Waffen der Ukraine?

Sowohl die USA als auch das Vereinigte Königreich wollen der Ukraine bald eine unbekannte Anzahl von Mehrfachraketenwerfer-Artilleriesystemen MLRS und HIMARS unterschiedlicher Reichweite zur Verfügung stellen. Russland warnt, solche Systeme umgehend vernichtet werden könnten. ...

<https://kurz.rt.com/3015> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:43 de.rt.com: Ehemalige "Hinterhöfe" der USA lassen sich nicht länger beherrschen
Beim 9. OAS-Gipfel "Summit of the Americas" hat die Biden-Administration Regierungschefs aus Kuba, Venezuela und Nicaragua nicht eingeladen. Daraufhin verweigerten die Staatschefs anderer lateinamerikanischer Länder den US-Eliten ihren Gehorsam.

Vom 6. bis zum 10. Juni findet in Los Angeles der [9. OAS-Gipfel](#) "Summit of the Americas" statt. An dieser seit 1994 stattfindenden Konferenz nehmen die Staats- und Regierungschefs der westlichen Hemisphäre und ihre Delegationen teil. Die Leiter der Mitgliederinstitutionen partizipieren als Beobachter. Dazu gehören zum Beispiel die Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB), die UN Wirtschaftskommission zu Lateinamerika und zur Karibik (ECLAC), die Pan-Amerikanische Gesundheitsorganisation (PAHO) oder die Weltbank, um nur ein paar zu nennen. Als Spezialgäste nehmen Vertreter der Zivilgesellschaft teil, unter anderem aus den Bereichen Jugend, Indigene Völker, Arbeiter, Akademiker, dem Privatsektor und den Medien.

Nach offizieller Agenda zielt die Konferenz darauf ab, Probleme und Herausforderungen der Länder Amerikas zu analysieren, entsprechende Lösungen zu entwickeln, um die Lebensqualität der Bürger zu verbessern. Oder wie es in der Quebec City Declaration heißt, ginge es beim "Summit of the Americas" um das "Engagement für die hemisphärische Integration und die nationale und kollektive Verantwortung für die Verbesserung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Sicherheit unserer Bevölkerung".

Wie die Global Times am Dienstag in ihrem [Beitrag](#) "Lateinamerika sendet eine vereinte Botschaft – sie sind nicht länger der Hinterhof der USA" berichtete, stände der aktuelle Amerika-Gipfel vor ganz besonderen Herausforderungen. Laut der Zeitung würden viele Länder den Gipfel auslassen, weil die USA als Veranstalter sich geweigert hätten, die Staats- und Regierungschefs von Kuba, Venezuela und Nicaragua einzuladen.

Obwohl der mexikanische Präsident Andrés Manuel López Obrador damit gedroht habe, dem Treffen fern zu bleiben, wenn nicht alle Länder der westlichen Hemisphäre eingeladen würden, hätte die Biden-Administration die Regierungen von Kuba, Venezuela und Nicaragua nicht eingeladen, so die Global Times nach einem Bericht von Reuters vom Montag. Dem hätten sich die Staatschefs von Brasilien, Argentinien, Bolivien, Honduras, Guatemala und einiger karibischer Staaten angeschlossen – sie würden unter diesen Umständen auch nicht kommen und stattdessen rangniedrigere Delegationen schicken.

Dem Bericht zufolge würde dies nach Meinung chinesischer Analysten beweisen, dass Lateinamerika kein "Hinterhof" der USA mehr sei, und "die abnehmende US-Herrschaft würde bedeuten, dass Washington unfähig sei, den Kontinent davon abzuhalten, Autonomie und Entwicklung entsprechend der eigenen Interessenlagen der lateinamerikanischen Staaten zu entwickeln".

Des Weiteren heißt es in der Zeitung, würde China jetzt sogar die USA auffordern, ihre "Tyrannei und die Hegemonie" in den Ländern Lateinamerikas zu respektieren und zu beenden. So hätte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian auf einer

Pressekonferenz am Montag gesagt:

"Die aktuelle Situation würde beweisen, dass das von der 'Monroe-Doktrin' geprägte Denken der USA und ihr Trick, 'Demokratie' als Werkzeug zur Einmischung und Spaltung von Ländern zu missbrauchen, auf dem Kontinent nicht willkommen seien."

Nach Meinung chinesischer Experten hätten die Menschen fast aller lateinamerikanischer Länder sehr schlechte Erinnerungen an die US-Vorherrschaft, so die Global Times.

Schließlich habe Washington direkt oder indirekt Drogen- und Waffenhandel sowie Korruption in vielen Ländern der Region unterstützt, berichtete die Zeitung weiter. Als die USA stark genug gewesen wären, hätte sie die Souveränität dieser Länder überhaupt nicht gekümmert. Stattdessen hätten sie Invasionen, Farbrevolutionen und sogar Morde begangen, um die Regierungen zu stürzen, die ihnen nicht passten.

Der bekannte deutsche Soziologe und politische Analyst Heinz Dietrich, der in Mexiko arbeitet, habe der Zeitung dazu Ähnliches gesagt: Die herrschenden US-Eliten hätten in dieser schwierigen Situation im Umgang mit den Ländern der westlichen Atmosphäre "völlig den Kontakt zur Realität verloren".

"Die historische Wahrheit ist, dass es keinen anderen Staat in der Hemisphäre gibt, der mehr demokratische Regierungen und Institutionen in der Hemisphäre und weltweit zerstört hat als der anglo-amerikanische Imperialismus: die USA und Großbritannien, durch direkte Interventionen, farbige Revolutionen, Wirtschaftssanktionen, Blockaden und so weiter". Aber wie man an diesem Artikel der Global Times und an immer mehr Berichten und Stimmen aus ehemals von den USA beherrschten "Hinterhöfen" langsam erkennen kann, naht wohl bereits das Ende dieses zerstörerischen Imperiums. Auch wenn die Herrschaften es scheinbar noch nicht wahrhaben wollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a23f8a48fbef025662632e.jpg>

Der mexikanische Staatspräsident Andrés Manuel López Obrador

20:50 de.rt.com: **Kadyrow: Siedlung Kamyschewacha in LVR völlig befreit**

Tschetscheniens Oberhaupt Ramsan Kadyrow hat bekannt gegeben, dass das gesamte Gebiet der Siedlung Kamyschewacha in der LVR nun völlig befreit sei. Dort fanden bis vor Kurzem heftige Kämpfe statt. Kadyrow schrieb auf seinem Telegram-Kanal:

"Die gute Nachricht kommt aus dem Dorf Kamyschewacha, wo unter dem Kommando von Samid Tschalajew ein Erfolg erzielt wurde. Das gesamte Gebiet wurde systematisch von den Kämpfern des Sonderpolizeiregiments des Innenministeriums der Tschetschenischen Republik, das nach dem russischen Helden Achmat-Chadschi Kadyrow benannt ist, und des 6. Kosakenregiments, geräumt."

Ramsan Kadyrow wies auch darauf hin, dass sich der "überlebende Feind" im Dorf Wrubowka niedergelassen habe, wo ihn ein "schändliches Ende" erwarte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a23e87b480cc3b516f541f.jpg>

21:00 de.rt.com: **UNO warnt vor globaler "Katastrophe" im Lebensmittelbereich**

Mit immer dramatischeren Appellen gehen Vertreter internationaler Organisationen an die Öffentlichkeit, um über die katastrophalen Konsequenzen eines längeren Konfliktes am Schwarzen Meer auf die weltweite Lebensmittelversorgung zu warnen.

Einem UN-Bericht zufolge könnten in diesem Jahr bis zu 181 Millionen Menschen in 41 Ländern aufgrund des Konflikts in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Getreide- und Düngemittelausfuhren von schwerer Nahrungsmittelknappheit betroffen sein. In einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht warnte die neu geschaffene Krisenreaktionsgruppe der UN zu Lebensmitteln, Energie und Finanzen:

"Lebensmittel sollten niemals ein Luxus sein, sondern ein grundlegendes Menschenrecht. Und doch kann sich diese Krise schnell zu einer Nahrungsmittelkatastrophe globalen Ausmaßes ausweiten."

Nach Angaben der UNO könnte sich die Situation über das Jahr 2022 hinaus verschlechtern: Im Jahr 2023 werden voraussichtlich weltweit 19 Millionen Menschen mehr von chronischer Unterernährung betroffen sein, wenn die Lebensmittelexporte aus Russland und der Ukraine weiter zurückgehen. UNO-Generalsekretär António Guterres warnte:

"Bei der diesjährigen Nahrungsmittelkrise geht es um den mangelnden Zugang (zu Lebensmitteln). Nächstes Jahr könnte es um den Mangel an Nahrungsmitteln gehen."

Er fügte hinzu, dass sich die Zahl der Menschen, die von schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen sind, in den letzten zwei Jahren verdoppelt hat. Guterres beteiligte sich an den Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Getreidelieferungen aus dem ukrainischen Hafen Odessa. Die Vereinten Nationen, Russland und die Türkei arbeiten zudem zusammen, um russischen Lebensmitteln und Düngemitteln ungehinderten Zugang zu den Weltmärkten zu verschaffen.

Die ukrainische Regierung und westliche Politiker beschuldigten Russland wiederholt, ukrainische Getreideexporte durch die Blockade der Schwarzmeerhäfen zu behindern. Moskau hat diese Vorwürfe zurückgewiesen und erklärt, es sei bereit, die sichere Durchfahrt für Getreideschiffe zu gewährleisten. Der Kreml besteht darauf, dass die Störung auf die Verminung der Küstenlinie durch das ukrainische Militär zurückzuführen ist.

Kiew beschuldigte das russische Militär außerdem, seine Weizenvorräte während des anhaltenden Konflikts zu "stehlen". Anfang dieser Woche erklärten die Vereinten Nationen, sie seien nicht in der Lage, diese Anschuldigungen zu überprüfen, und fügten hinzu, dass weder das Büro des UN-Generalsekretärs noch das UN-Welternährungsprogramm (WFP) über glaubwürdige Informationen in dieser Angelegenheit verfügten.

Am Mittwochabend beschuldigte das russische Verteidigungsministerium ukrainische

"Kämpfer der nationalistischen Bataillone" auf der Flucht vor den russischen Streitkräften, absichtlich einen großen Getreidespeicher im Seehafen von Mariupol in Brand gesetzt zu haben. Bei dem Brand wurden Berichten zufolge mehr als 50.000 Tonnen Getreide zerstört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a1f96048fbef02851590a3.jpeg>

21:25 de.rt.com: **LVR beginnt mit Export von Getreide per Bahn nach Russland**

Die Landwirte der Volksrepublik Lugansk (LVR) werden mit dem ersten Zug, der am Freitag abfährt, Getreide per Bahn nach Russland exportieren. Dies gab der Minister für Landwirtschaft und Ernährung der LVR, Juri Pronko, am Donnerstag bekannt. Er sagte: "Morgen ist ein historischer Moment: Das erste Getreide wird in Waggons in die Russische Föderation transportiert. 50 Waggons, mehr als 3.000 Tonnen."

Ihm zufolge wurde das Getreide aus der LVR nach Russland früher auf der Straße exportiert. Die Kapazität des Straßenverkehrs ist jedoch nicht mit der des Schienenverkehrs vergleichbar. In den Getreidesilos im befreiten Teil der LVR lagern nun die Reste der letztjährigen Ernte, etwa 300.000 Tonnen Winterweizen und 200.000 Tonnen Sonnenblumenkerne. Etwa 50 Prozent dieser Einrichtungen sind voll ausgelastet. Um sie für die künftige Ernte freizugeben, müssen sie 120 bis 130 Waggons Getreide pro Tag exportieren, sagte Pronko.

21:50 de.rt.com: **Russland: Ukrainische Kämpfer halten Hunderte Sewerodonezker Einwohner im Asot-Werk gefangen**

Die ukrainischen Kämpfer halten Hunderte von Einwohnern der Stadt Sewerodonezk im örtlichen Asot-Werk fest. Dies gab Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, bekannt. Wörtlich hieß es:

"Nach zuverlässigen Informationen halten in Sewerodonezk in der Volksrepublik Lugansk Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte Hunderte von Einwohnern der Stadt und Mitarbeiter des Werks in den unterirdischen Einrichtungen des Werks gefangen."

Nach Angaben Misinzews sollen die "ukrainische Nazis" Panzer mit gefährlichen chemischen Stoffen (Salpetersäure, Ammoniak, Ammoniumnitrat) mit Sprengfallen versehen haben, die sie bei ihrem Rückzug in die Luft jagen würden.

22:17 de.rt.com: **Baschar al-Assad: Wir erleben einen permanenten Krieg gegen Russland**

In einem Interview mit RT Arabic hat der syrische Präsident Baschar al-Assad zu aktuellen Fragen der Weltpolitik Stellung genommen. Neben den syrisch-russischen Beziehungen stand dabei der Konflikt um Syrien im Mittelpunkt. Assad zeigte sich als Pragmatiker, der die Interessen seines Landes gewahrt sehen will.

Am 7. Juni interviewte RT Arabic den Präsidenten Syriens, Baschar al-Assad. In 24 Fragen und einigen Zusatzfragen näherte man sich einer Einschätzung der Weltlage. Nicht überraschend, spielt die russische Militäroperation in der Ukraine auch für den Nahen Osten

eine zentrale Rolle – und nicht nur wegen der gegenwärtig viel diskutierten Getreideexporte aus der Ukraine und Russland in den Mittelmeerraum.

Krieg in der Ukraine

Assad ordnete den Konflikt in und um die [Ukraine](#) nicht nur in die jüngere Zeitgeschichte ein, sondern zog eine längere historische Linie. Denn über die NATO-Osterweiterung hinaus könne man von einem "permanenten Krieg" gegen Russland sprechen, der schon vor dem Ersten Weltkrieg begonnen habe. Für Syrien sei nicht nur wichtig, dass [Russland – sein Verbündeter](#), wie Assad betonte – aktuell eine "Schlacht" gewinnt, sondern dass generell Moskaus Position auf der "internationalen Bühne gestärkt" werde. Die "heutige Stärke Russlands" könne zur "Wiederherstellung des verloren gegangenen internationalen Gleichgewichts" beitragen.

Der syrische Präsident zeigte sich überzeugt, dass Moskau für eine neue Weltordnung eintritt – und auch die Operation in der Ukraine ein Element zur Errichtung dieser Ordnung sein werde. Assad versteht die Zeit des Kalten Krieges nach 1945 nicht, wie sonst üblich, als bipolare Weltordnung, sondern betont die US-Dominanz:

"Die unipolare Ordnung begann jedoch nach dem Zweiten Weltkrieg, als nach der Bretton-Woods Konferenz der Dollar zur vorherrschenden Währung der Welt wurde. Wichtiger als der militärische Aspekt, oder vielleicht gleichwertig, sind die wirtschaftlichen Ergebnisse des gegenwärtigen Krieges (gegen eine unipolare Welt) und vor allem die Position des Dollars. Wenn der Dollar trotz des Ausgangs dieses Krieges weiterhin die Weltwirtschaft dominiert, wird sich nichts ändern."

Rolle des US-Dollars

In dieser westlich oder US-amerikanisch dominierten Welt spiele der US-Dollar Assad zufolge nicht nur die Rolle eines "Erpressungsinstruments", sondern er diene tatsächlich auch als räuberisches Werkzeug:

"Der Gegenstand des Dollars ist keine Erpressung, sondern Diebstahl. Amerika versprach nach dem Zweiten Weltkrieg, dass der Dollar einen Goldgegenwert haben würde. Anfang der siebziger Jahre beschlossen die Vereinigten Staaten unter Nixon, den Dollar vom Gold zu trennen, so dass er zu einem Papier ohne Wert wurde."

Allerdings bestehe Hoffnung für die nicht-westlichen Länder. Zwar stünden sie unter enormen Druck, politisch, ökonomisch, auch kulturell, doch das internationale Kräfteverhältnis habe sich grundlegend geändert.

"Heute hat sich die Situation in Bezug auf Russland, China und viele andere wachsende Volkswirtschaften geändert. Wir stehen zwar unter einer Blockade, aber wir brauchen bei vielen lebenswichtigen Gütern keine Einfuhren aus westlichen Ländern mehr, zu denen unsere Beziehungen abgebrochen sind."

Zwar versuche der Westen, alle Probleme der Weltwirtschaft als Folge des Krieges in der Ukraine darzustellen, doch sei dies in Wirklichkeit nicht der Fall. Man müsse zwischen (westlichem) Regierungshandeln, allgemeiner Wirtschaftslage und spezifischen ökonomischen Bedingungen bis hin zur Lage einzelner Unternehmen unterscheiden.

Entwicklung in Syrien

Auf die innenpolitische Lage Syriens und seinen Slogan im vergangenen Wahlkampf – "Hoffnung in Aktion" – angesprochen, meinte Assad sinngemäß, er habe der durchaus vorhandenen Verzweiflung Hoffnung entgegenstellen wollen. Die Hoffnung sei insofern begründet, als die Produktion nach Kräften aufrechterhalten werde:

"Haben wir die Mittel, um zu produzieren? Natürlich tun wir das, sonst gäbe es keinen Staat. Die medizinische Versorgung in Syrien ist trotz der Verschlechterung des Leistungsniveaus weiterhin kostenlos. Der Zugang zu Bildung bleibt trotz des Rückgangs der Bildung aufgrund der aktuellen Umstände kostenlos. Die Unterstützung für die Bevölkerung wird fortgesetzt, wenn auch in geringerem Umfang."

Alle grundlegenden Dienstleistungen des Staates würden weiterhin erfüllt. Die Bürger Syriens

hätten verständlicherweise Erwartungen an ihren Staat, von denen viele mit einer sicheren Stromversorgung zusammenhängen. Dafür würden aber noch im Laufe des Jahres 2022 Lösungen gefunden, gab sich Assad zuversichtlich.

Parallel sollen innenpolitische Reformen durchgeführt und eine neue Verfassung erarbeitet werden. Dazu meinte der syrische Präsident:

"Der Verfassungsausschuss hat die Aufgabe, einen endgültigen Verfassungstext auszuarbeiten. Die Verfassung soll die Wünsche, ethischen Grundlagen, Bestrebungen und die Kultur des syrischen Volkes als Kompromiss zwischen den verschiedenen Sektoren und Strömungen der Gesellschaft repräsentieren. Um zu diesem Ergebnis zu gelangen, ist es logisch, davon auszugehen, dass es sich um einen Dialog zwischen Syrern handelt, nennen wir ihn einen syrisch-syrischen Dialog; wobei wir davon ausgehen, dass es zwei Seiten gibt. Aber die Hauptsache ist, dass beide Seiten Syrer sind."

Doch der innersyrische Dialog werde von außen gestört – so wandte sich Assad etwa gegen eine Einmischung der Türkei in die syrische Verfassungsdiskussion. Auch könnten im Zuge der Verfassungsreform die Befugnisse des Präsidenten eingeschränkt werden, wenn die Syrer sich untereinander darauf einigen würden.

Was die Rückkehr von Flüchtlingen aus Syrien in ihre Heimat angeht, beharrte Assad darauf, dass es keine Generalamnestie dergestalt geben könne, dass geltende Gesetze einfach aufgehoben werden. Wer das Land verlassen habe, gelte jedoch nicht automatisch als Landesverräter. Es gebe "nicht einmal den Begriff des 'politischen Gefangenen'".

Auch in der Frage der syrischen Kurden zeigte sich Assad kompromissbereit, sofern die kurdische Seite sich loyal gegenüber dem syrischen Staat verhalte:

"Wenn wir die kurdische Frage aus einer nationalen Perspektive betrachten, haben die Kurden in Syrien schon immer existiert. Die meisten von ihnen sind Patrioten. Einige von ihnen, wie auch einige Araber und andere Nationalitäten, werden jedoch zu Agenten, insbesondere für die USA. Dieses Problem hat überhaupt nichts mit dem Präsidenten oder der politischen Opposition zu tun. Das hat mit der Frage der Einheit Syriens zu tun."

Politik und Konflikte im Nahen Osten

Im abschließenden Teil drehte sich das Gespräch um die Nachbarn Syriens und die Stellung des Landes innerhalb der arabischen Welt. Ungeachtet aller Spannungen in der Region vertrat Baschar al-Assad einen pragmatischen Ansatz:

"Manchmal muss man auch mit Agenten einen Dialog führen."

Zu diesen "Agenten" zählen nach syrischer Lesart ausländische Kräfte, die vor allem US-Interessen bedienen und die "Einheit der syrischen Gesellschaft bedrohen". Doch die Mehrheit der Syrer würde sich diesen Interessen nicht beugen.

Ähnlich beurteilte Assad die syrisch-türkische Konfrontation im Norden des Landes: "[Jede Invasion stößt sofort auf den Widerstand](#) der Bevölkerung." Auch das Gebiet von Idlib und andere besetzte Gebiete würden wieder unter Kontrolle von Damaskus kommen: "Dies steht nicht zur Diskussion. Alle Gebiete, ob von Türken oder Terroristen besetzt, werden mit der Zeit befreit werden."

Syrien und die Arabische Liga

Nach seinem jüngsten Besuch in Abu Dhabi gefragt, erläuterte der Präsident:

"Wir sind nirgendwo hingegangen. Syrien ist dort geblieben, wo es ist, mit denselben Positionen und unter denselben Umständen, und es hat auf seine eigene Art und Weise gehandelt, gemäß seinen Prinzipien und seiner Vision."

Syrien werde weiterhin seine Positionen vertreten, ohne andere arabische Staaten zu entschuldigen oder deren Haltung zu rechtfertigen. Man müsse "von der Realität ausgehen". Auf dieser Grundlage werde Syrien auch seine Rolle in der Arabischen Liga wieder in vollem Umfang einnehmen. Dabei werde Syrien allerdings den Beziehungen zu anderen arabischen Ländern nicht sein gutes Verhältnis zu Teheran opfern:

"Die Beziehungen Syriens zu einem anderen Land sind mit niemandem auf der Welt

verhandelbar. Niemand kann anstelle Syriens bestimmen, mit wem es Beziehungen aufnehmen wird und mit wem nicht."

Iran sei ein "wichtiges Land". Und wenn man "über Stabilität im Nahen Osten sprechen" wolle, brauche man "Beziehungen zu allen Ländern der Region".

Von diesen Grundannahmen ausgehend, bot sich Assad als Vermittler zwischen Teheran und Riad an. Es liege im Interesse des Vermittlers, diejenigen Länder näher zueinander zu bringen, zu denen Damaskus selbst gute Beziehungen habe.

Was das komplizierte Verhältnis zu Israel betrifft, lehnte der syrische Präsident den Begriff "Normalisierung" insofern ab, als damit verbunden sei, "die Araber zu Zugeständnissen an Israel zu zwingen, ohne dass diese dafür eine Gegenleistung erhalten". Mit dem Friedensprozess müsse die "Wiederherstellung der Rechte der (arabischen) Völker verbunden" sein. Ob das Oslo-Abkommen dafür noch eine Grundlage sein könne, sei fraglich, denn es verschaffe Israel "jeden Vorteil".

Assad entgegnete auf die Vorhaltung, im Westen betrachte man ihn als einen "Präsidenten gegen den Willen seines Volkes", dass es sich dabei um "große Lügen und grenzenlose Übertreibungen" handle: "Diese Lüge hört nicht auf."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a21afbb480cc37864c084f.jpg>

Der syrische Präsident Baschar al-Assad zu Besuch bei seinem russischem Amtskollegen Wladimir Putin in Moskau, 14. September 2021

22:20 de.rt.com: **Ständiger UN-Vertreter Russlands: DVR und LVR werden bald vollständig befreit sein**

Der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Wassili Nebensja, hat sich zuversichtlich gezeigt, dass die Befreiung der Donbass-Volksrepubliken Donezk und Lugansk in nächster Zeit abgeschlossen werde. Bei einem Interview mit BBC hielt der Moderator Stephen Sackur Nebensja vor, dass die russische militärische Sonderoperation in der Ukraine praktisch in eine Patt-Situation geraten sei. Er sagte:

"Ihr habt Sewerodonezk immer noch nicht eingenommen. Ihr könnt nicht einmal das gesamte Gebiet Lugansk einnehmen, geschweige denn den gesamten Donbass. Wenn das eurer Meinung nach ein Fortschritt ist, dann bin ich sehr neugierig: Was ist denn überhaupt der Plan?"

Auf die Frage erklärte Nebensja wie folgt:

"Geben Sie uns nur Zeit, und Sie werden sehen, wie die Volksrepubliken Donezk und Lugansk befreit sein werden. Und das wird hoffentlich sehr bald geschehen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2546d48fbef01e963a43a.jpg>

22:50 de.rt.com: **Medienbericht: Niederlande und Dänemark lehnen EU-Kandidatenstatus für die Ukraine ab**

Die Europäische Kommission plant, der Ukraine den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu gewähren, berichtete Bloomberg unter Berufung auf informierte Quellen. Es wird erwartet, dass diese Entscheidung am 17. Juni getroffen wird, hieß es.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur werden die EU-Staats- und Regierungschefs diese Frage am 23. und 24. Juni in Brüssel erörtern. Dabei sollen sich einige Länder, darunter die Niederlande und Dänemark, gegen diesen Schritt ausgesprochen haben. Demnach hielten sie es für falsch, dem Land beim Beitrittsverfahren den Vorrang vor anderen Kandidaten zu geben. Zudem hätten sie den Fortschritt der Ukraine in Bezug auf den Schutz der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte sowie der Rechte der Minderheiten infrage gestellt.

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Macron verspricht Selenskij schwere Waffen**

Frankreich sei weiterhin bereit, schwere Waffen an die Ukraine zu liefern, erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron in einem Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij.

Der französische Staatschef fragte seinen ukrainischen Amtskollegen nach dem Bedarf der Ukraine an militärischer Ausrüstung, politischer und finanzieller Unterstützung sowie humanitärer Hilfe. Der Elysee-Palast verkündete in einem Kommuniqué:

"Macron sagte, dass Frankreich mobilisiert bleibt, um diesen Bedarf zu decken, einschließlich schwerer Waffen."

7:35 de.rt.com: **Japan verbietet Export von Lastwagen, Kippern und Bulldozern nach Russland**

Japan wird im Rahmen seines neuen Sanktionspakets ab dem 17. Juni die Ausfuhr von Lastkraftwagen, Muldenkippern und Planierdrauben nach Russland verbieten. Dies gab der Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Koichi Hagiuda, am Freitag auf einer Pressekonferenz in Tokio bekannt. Er sagte:

"Aufgrund des Kabinettsbeschlusses vom 7. Juni, ein Exportverbot für industrielle Infrastrukturprodukte nach Russland zu verhängen, wird es ab dem 17. Juni ein Verbot für die Lieferung von Lastwagen, Kippern, Bulldozern und anderen Maschinen geben."

8:05 de.rt.com: **LVR meldet 37 von ukrainischen Streitkräften getötete Einwohner**

Bei der Eskalation des Konflikts in der Ukraine seit dem 17. Februar sind fast 40 Bewohner der Volksrepublik Lugansk (LVR) ums Leben gekommen, darunter ein Kind. Dies teilte laut TASS am Freitag die LVR-Vertretung beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mit.

Der Erklärung zufolge wurden infolge der Aggression der bewaffneten Formationen der Ukraine im oben genannten Zeitraum angeblich 175 Zivilisten verletzt, "von denen 37 getötet und 138 verwundet wurden", unter ihnen auch Kinder. Ein Kind wurde getötet, 17 weitere Kinder wurden verwundet.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2dd58b480cc22092a4263.jpg>

8:25 de.rt.com: **Medienbericht: Großbritanniens größte Düngemittelfabrik schließt aufgrund hoher Gaspreise**

Eine der größten Düngemittelfabriken des Vereinigten Königreichs, das Werk Ince im Ort Chester, wurde aufgrund der hohen Energiepreise geschlossen. Dies berichtete die Zeitung [The Telegraph](#) am Mittwoch unter Berufung auf eine Erklärung von CF Fertilisers, dem Eigentümer der Anlage.

Die Schließung des auf die Herstellung von Stickstoffdünger spezialisierten Werks würde mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Unterbrechung der Lebensmittelversorgungskette im Vereinigten Königreich führen, heißt es. Das Unternehmen betonte, dass es sich den Betrieb der Anlage aufgrund der rekordverdächtigen Gaspreise und der hohen Umweltafgaben nicht mehr leisten könne. Die Produktion in der Anlage wurde bereits im September vergangenen Jahres gestoppt, als die Preise für Gas auf den europäischen Märkten in die Höhe schnellten. Laut Tom Bradshaw, Vizepräsident der britischen Landwirtevereinigung, ist die Schließung von Ince "ein weiterer Schlag für die Geschäftsleute in der Landwirtschaft, die bereits unter der unglaublich hohen Inflation leiden". Die Schließung werde die globale Versorgungslage weiter verschlechtern, so Bradshaw.



https://www.telegraph.co.uk/content/dam/business/2022/06/08/TELEMMGLPICT000272769667_trans_NvBQzQNjv4BqhpL9wIsx6QnAoaHzcNRkTuil7a1KV2STY3xRqqFt_No.jpeg

8:55 de.rt.com: **USA schlagen Koalition von Ländern vor, die Sanktionen gegen Russland verhängen**

US-Finanzministerin Janet Yellen hat die Bildung einer Koalition von Ländern vorgeschlagen, die gemeinsam Sanktionen gegen Russland verhängen sollen. Yellen sagte bei einer von der New York Times veranstalteten Diskussionsrunde:

"Meiner Meinung nach brauchen wir eine ausreichend große Gruppe von Ländern, die sich bereit erklärt, Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Der Aufbau einer solchen Koalition ist notwendig, um die Sanktionen weltweit wirksamer zu machen."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 10.06.2022**

Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

43 Mann;

3 Schützenpanzerwagen;

9 Fahrzeuge.

5 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.

Die Volksmiliz der LVR ist bestrebt, das Leben der ukrainischen Soldaten zu bewahren und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so werfen Artillerieeinheiten der Volksmiliz weiter Agitationsflugblätter über den Positionen der ukrainischen Streitkräfte ab.

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinen Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 16 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ auf Stachanow abgefeuert.

Durch Beschuss

wurden ein mehrstöckiges und ein einstöckiges Wohnhaus beschädigt;

- wurden 19 private Wohnhäuser beschädigt.

Es wurden folgende Infrastrukturobjekte zerstört oder beschädigt:

- das medizinische und das pädagogische College einschließlich Wohnheim

- das industriell-ökonomische Technikum

- das Stadion „Pobeda“

- der Stadtpark „Gornjak“

- das Verwaltungsgebäude der Abteilung des Innenministeriums der LVR in Stachanow
- eine Kantine
- ein Niederdruckgasleitung.

Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, hat die Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet.**

Die Volksmiliz der LVR liefert weiter gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien.

So haben gestern Freiwillige der „Gesamtrussischen Volksfront“ gemeinsam mit Einheiten der Volksmiliz humanitäre Güter für Flüchtlinge, die in Starobelsk und um Bezirk Kremennaja unterbracht sind, geliefert, darunter sind Lebensmittelpakete, Hygienemittel und Medikamente.

9:15 de.rt.com: **Ukraine: Einwohner von Butscha und Borodjanka in provisorischen Unterkünften einquartiert**

Die Einwohner der ukrainischen Städte Butscha und Borodjanka wurden vorübergehend in modularen Häusern untergebracht. Alexei Kuleba, der Leiter der Verwaltung des Kiewer Gebiets, zeigte die provisorischen Unterkünfte in einem Video auf Telegram.

Um sich dort niederzulassen, sei ein entsprechender Antrag bei den örtlichen Behörden zu stellen, schrieb der Politiker. Die Unterbringung sei kostenlos.

Kuleba kündigte an, dass bald auch in weiteren Städten im Gebiet Kiew ähnliche Modulhäuser für Menschen, die ihre Häuser verloren haben, aufgebaut würden.

9:30 de.rt.com: **China und Indien mindern Auswirkungen der Sanktionen mit erhöhten Ölkäufen aus Russland**

Chinesische und indische Importeure erhöhen ihre Ölkäufe aus Russland, wodurch die Wirksamkeit der antirussischen Sanktionen verringert wird. Dies geht aus einem Bericht hervor, der am Freitag auf der Webseite der japanischen Zeitung Nikkei veröffentlicht wurde. Nach Angaben des Blattes kaufte China im Mai täglich 800.000 Barrel Öl aus Russland, was einem Anstieg von 40 Prozent gegenüber Januar entspricht. Indien wiederum kaufte im Mai 700.000 Barrel pro Tag, während im Januar keine derartigen Lieferungen getätigt wurden. Wie Nikkei bemerkt, drängen die USA und die EU China und Indien dazu, kein russisches Öl zu kaufen, aber die preiswerten Ressourcen aus Russland "verschaffen ihnen vor dem Hintergrund des weltweiten Anstiegs der Energiepreise erhebliche wirtschaftliche Vorteile".



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2d5fe48fbef02244ef67e.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 10.6.22 um 10:30 Uhr**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 400 Artillerie- und Mörsergeschosse mit Artilleriesystemen des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm, Mehrfachraketenwerfern „Grad“ sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Dadurch **starb ein Zivilist und 7 wurden verletzt**. 36 Wohnhäuser, 5 Fahrzeuge und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

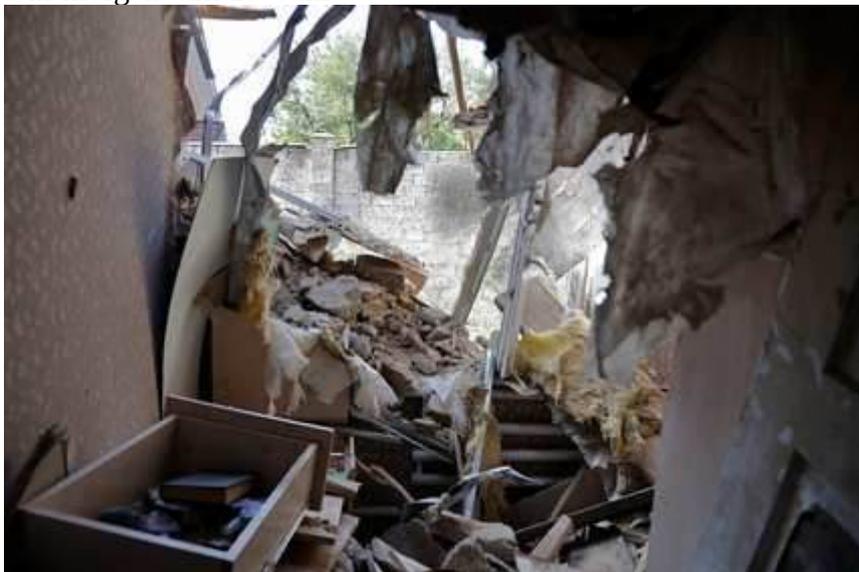
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden ein Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Panzer, 3 Schützenpanzer, 2 Munitionstransportfahrzeuge, ein ukrainischer Drohnenleitstand und mehr als 70 Mann vernichtet, 3 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka und Peski wurden unterdrückt.

9:45 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen DVR 62 Mal innerhalb eines Tages – ein Mensch getötet**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen die Volksrepublik Donezk innerhalb der vergangenen 24 Stunden 62 Mal beschossen haben. Dabei sei eine Zivilistin getötet und sieben weitere Personen verwundet worden. Das teilte die Vertretung der DVR beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung der Waffenruhe laut [RIA Nowosti](#) mit.

Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum von 3 Uhr morgens Moskauer Zeit am 9. Juni bis 3 Uhr morgens am 10. Juni.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2e939b480cc78ef099c0a.jpg>

10:00 de.rt.com: **Pentagon gibt Zahl der von den USA finanzierten Biolabors in der Ukraine bekannt**

Die US-Regierung habe in den vergangenen 20 Jahren 46 Einrichtungen in der Ukraine unterstützt, allerdings im Rahmen eines friedlichen Gesundheitsprojekts und nicht zur Entwicklung biologischer Waffen. Dies verkündete das Pentagon am Donnerstag. Das US-

Militär beschuldigte Russland und China, "Desinformationen zu verbreiten und Misstrauen zu säen" in Bezug auf die angeblichen Bemühungen der USA, die Welt von Massenvernichtungswaffen zu befreien.

10:20 de.rt.com: **Matwijenko: Druck auf Russland ist der aggressivste seit dem Großen Vaterländischen Krieg**

Der derzeitige Druck auf Russland, der vom Westen ausgehe, sei der umfangreichste, härteste und aggressivste seit dem Großen Vaterländischen Krieg, schrieb die Vorsitzende des Föderationsrates Walentina Matwijenko in ihrem Blog anlässlich des Nationalfeiertages Russlands, der am 12. Juni begangen wird.

Ihr zufolge kämpfe Russland derzeit gegen den kollektiven Westen, verteidige seine Existenz als Land, Volk und Zivilisation. Die Ukraine und ihre Streitkräfte seien für den Westen nur "Verbrauchsmaterial", um ein größeres Ziel zu erreichen: Die Eliminierung Russlands als Macht.

Sie zeigte sich zuversichtlich, dass der aktuelle Versuch des Westens, "die Russlandfrage zu lösen", genauso enden werde wie alle vorherigen Versuche. Die Sonderoperation in der Ukraine werde mit einem Sieg enden, so Matwijenko.

Gleichzeitig betonte sie, dass sie nicht dazu aufrufe, sich abzuschotten und "den Westen zu hassen":

"Wir leben auf einem Planeten und sind zum Austausch verdammt. Schade, dass die andere Seite das jetzt nicht verstehen will".

Matwijenko hob hervor, dass es in Russland keine "westliche Phobie" gebe. Man sei bereit, die aktuelle Konfrontation zu überwinden, aber nicht auf Kosten eigener Interessen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2e0e948fbef7ed352a005.jpg>

10:40 de.rt.com: **Neue philippinische Regierung nimmt in Russland-Ukraine-Konflikt neutrale Haltung ein**

Die nächste philippinische Regierung wird in Bezug auf den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eine neutrale Haltung einnehmen. Diese Ankündigung wurde am Freitag von der neuen nationalen Sicherheitsberaterin der Republik, Clarita Carlos, gemacht.

Sie sagte laut der Mediengruppe ABS-CBN, sie würde dem designierten Präsidenten Ferdinand Marcos Junior nicht raten, sich den westlichen Sanktionsmechanismen für den laufenden bewaffneten Konflikt anzuschließen. Die Beraterin betonte:

"Wir werden eine neutrale Haltung einnehmen."

"Das haben wir von Anfang an getan, und wir haben eine starke Beziehung zu Russland."

"Russland kann uns mit dringend benötigtem Öl und Gas versorgen."

Am 9. Mai fanden auf den Philippinen Wahlen statt. In 70.000 Wahllokalen wählten die Filipinos nicht nur den neuen Präsidenten des Landes, sondern auch den Vizepräsidenten, die Senatoren, die Kongressabgeordneten und Tausende weitere Führungskräfte. Der amtierende Staatschef Rodrigo Duterte, der laut Verfassung nicht wiedergewählt werden kann, wird am 30. Juni aus dem Amt scheiden. Marcos Junior wird am selben Tag in das Amt eingeführt.

Telegram-Kanal des Stabs für Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 10. Juni 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF auf dem Territorium der Donezker Volksrepublik 235 Ortschaften, einschließlich Tripolje, Wladimirowka (Bezirk Artjomowsk), Stawki und Lipowoje (Bezirk Krasnyj Liman), befreit und die vollständige Kontrolle über sie hergestellt. Es finden Kämpfe um Slawjansk statt.

11:00 de.rt.com: **Lauterbach kündigt Hilfspaket für Verletzte in der Ukraine an**
Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach besucht am heutigen Freitag die Ukraine und will dem Land ein "Hilfspaket" für die Versorgung von Kriegsverletzten anbieten. Er sei mit einem Team von Chirurgen und Spezialisten unterwegs, um bei der Versorgung von Schwerstverletzten zu helfen. Davon gebe es nach seinen Angaben immer mehr, auch immer mehr Kinder.

Konkret will Lauterbach den Verletzten mit Prothesen und telemedizinischer Unterstützung bei schweren Eingriffen helfen. Der SPD-Politiker erwähnte zudem eine Geberkonferenz, die für diesen Freitag in Lwow geplant sei.

Auf die Bemerkung, dass Bundeskanzler Scholz noch nicht in der Ukraine war, sagte Lauterbach:

"Olaf Scholz will ja, genauso wie ich das selbst tue, reisen, wenn man etwas Konkretes anbieten kann. Insofern reise ich auch in seinem Namen."

Der Gesundheitsminister verwies zudem auf den Ukraine-Besuch von Landwirtschaftsminister Cem Özdemir ebenfalls an diesem Freitag. Dieser helfe bei der Ernährungsversorgung in dem Land. "Wir machen hier eine humanitäre Initiative im Namen der gesamten Bundesregierung, auch im Namen von Olaf Scholz."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2e65648fbef0285159134.jpg>
g

11:20 de.rt.com: **Selenskij-Berater: 100 bis 200 ukrainische Soldaten kommen täglich ums Leben**

Michail Podoljak, ein Berater des ukrainischen Präsidenten, sagte der BBC, dass jeden Tag rund 100 bis 200 ukrainische Soldaten im Krieg getötet werden. Einer der Hauptgründe für die hohen Verluste sei die mangelnde Parität zwischen ukrainischen und russischen militärischen Fähigkeiten. Podoljak betonte, dass die Ukraine Hunderte der mächtigsten Artilleriesysteme brauche, die der Westen bereitstellen könnte.

Laut BBC handelt es sich bei den Angaben von Podoljak um die höchsten Opferzahlen, die von den ukrainischen Behörden seit Beginn des Krieges gemeldet wurden. Am 1. Juni sagte Wladimir Selenskij, dass täglich rund 60 bis 100 ukrainische Soldaten auf dem Schlachtfeld getötet und etwa 500 Menschen verletzt werden. Am 9. Juni sprach der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow von bis zu 100 getöteten Soldaten im Donbass pro Tag.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2f15fb480cc78f5426e76.jpg>

11:38 de.rt.com: **Klaus von Dohnanyi: Der Schlüssel zum Frieden liegt in Washington**

Klaus von Dohnanyi hat in einem Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk am Freitag dem amerikanischen Präsidenten Joe Biden die Verantwortung für den Kriegsausbruch in der Ukraine gegeben. Für eine Friedenslösung müssten die USA garantieren, dass Georgien und die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen werden.

Nachdem der polnische Präsident Andrej Duda am Donnerstag in einem Bild-Interview scharf gegen jeden Versuch von Bundeskanzler Olaf Scholz oder des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, mit dem russischen Präsidenten zu verhandeln, geschossen und sich gar dazu versteigert hatte, einen Hitlervergleich aufzustellen, gab der MDR am Freitag Klaus von Dohnanyi das Wort zur Erwiderung.

Den Hitler-Vergleich Dudas bezeichnete von Dohnanyi als "absoluten Unsinn", bei Putin und Hitler handele es sich um "zwei völlig verschiedene Persönlichkeiten, auch völlig verschiedene Wertestrukturen", bezeichnete allerdings das russische Vorgehen einen "verbrecherischen Krieg", den Putin angefangen habe.

Verhandlungen hält der ehemalige Hamburger Landesvater für unerlässlich. Wer Frieden will, der müsse "mit der anderen Seite verhandeln". Darum sei es "notwendig und richtig, mit Putin zu reden". Daran, dass Verhandlungen der Europäer etwas bewirken könnten, zweifelt allerdings auch von Dohnanyi selbst, die wichtigste Person "in diesem Streit" sei Präsident Biden, "der Amerikaner":

"Der Schlüssel zu einer friedlichen Lösung liegt in den USA."

Der Krieg ist, so von Dohnanyi, dadurch zustande gekommen, dass man die Ukraine "unbedingt in die NATO bringen wollte". Dies wiederum war eine amerikanische Entscheidung, keine Entscheidung der Europäer:

"Die Amerikaner haben es im Dezember abgelehnt, über dieses Thema überhaupt zu reden." Dies sei der "wahre Ursprung" des Krieges gewesen, ist von Dohnanyi überzeugt. Eine Friedenslösung sei nicht möglich, solange "die Ukraine in die NATO genommen wird". Der

Politikveteran äußerte Verständnis für die russischen Interessen in diesem Punkt:
"Verständlich, dass das Kriegsbündnis des Kalten Krieges nicht bis an die russischen Grenzen vordringen darf. Die Amerikaner würden dies ihrerseits (im umgekehrten Fall) nicht dulden." Biden müsse nun klar sagen, dass die Ukraine und Georgien nicht in die NATO integriert werden, unter UNO-Schutz kommen und ihre Neutralität garantiert wird. Dann erst könne man mit Putin darüber verhandeln, dass der Donbass "zurückversetzt" wird, also einen Autonomiestatus erhält und Teil der Ukraine bleibt. Möglicherweise, räumte von Dohnanyi zugleich ein, sei es dafür "schon fast zu spät".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a2ee43b480cc70c972d5f6.jpg>

11:40 de.rt.com: **Duma-Abgeordnete: Pentagon hat bestätigt, dass die USA und die NATO die Ukraine seit 20 Jahren erschließen**

Das Pentagon habe bestätigt, dass die USA und die NATO die Ukraine seit 20 Jahren erschließen würden. Es handele sich um eine politische und militärische Besetzung des Landes durch den Westen. Darauf wies die Co-Vorsitzende der parlamentarischen Kommission zu den US-Bio-Labors in der Ukraine und Vize-Sprecherin der Staatsduma Irina Jarowaja am Freitag gegenüber TASS hin. Sie erklärte:

"Was in der Erklärung des Pentagons wichtig ist, ist die faktische Bestätigung, dass die Hauptagentur der USA und der NATO die Ukraine 20 Jahre lang gemanagt hat, was bedeutet, dass all die schrecklichen Dinge, die diesem Land in diesen Jahren widerfahren sind, unter der Leitung und direkten Beteiligung der USA geschehen sind."

"Die Besetzung der Ukraine durch das Pentagon ist eine politische, wirtschaftliche, militärische und biologische Besetzung, deren Folgen nun auch Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung sind."

Zuvor hatte das Pentagon am Donnerstag eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, dass die US-Behörden in den vergangenen 20 Jahren 46 verschiedene zivile Labors, Gesundheitseinrichtungen und Krankheitsdiagnosezentren in der Ukraine unterstützt haben, wobei die Zusammenarbeit angeblich friedlichen Zwecken diene.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a2f378b480cc7da7722bad.jpg>

Vize-Sprecherin der Staatsduma Irina Jarowaja

nachmittags:

12:15 de.rt.com: **Zweiter Absturz eines US-Militärhubschraubers in derselben Gegend innerhalb von zwei Tagen**

Nur einen Tag nach dem Absturz eines Hubschraubers vom Typ MV-22 Osprey nahe der Grenze zwischen Kalifornien und Arizona ist es erneut zu einem Vorfall gekommen. Ein Marinehubschrauber stürzte in derselben Gegend ab. Diesmal gab es keine Todesopfer. Ein Hubschrauber der US-Marine ist am Donnerstagnachmittag abgestürzt, wie die Naval Air Facility El Centro bestätigt hat. Die Absturzstelle befindet sich nördlich von Yuma im US-Bundesstaat Arizona.

Es ist nur einen Tag her, dass fünf Marinesoldaten beim Absturz einer MV-22 Osprey in der gleichen Gegend im nahe gelegenen Imperial County in Kalifornien ums Leben kamen. Die Naval Air Facility El Centro schrieb auf ihrer Facebook-Seite:

"Wir haben Berichte erhalten, dass ein Militärhubschrauber etwa 35 Meilen nördlich von Yuma abgestürzt ist. Die Feuerwehr und weitere lokale Ersthelfer sind auf dem Weg zum Unfallort."

Um 17:43 Uhr Ortszeit wurde die Feuerwehr alarmiert, nachdem der Absturz eines Militärluftfahrzeugs gemeldet worden war. Dies bestätigte ein Vertreter der Feuerwehr in Imperial County gegenüber der Nachrichtenagentur The Los Angeles Times. Die Marine gab eine halbe Stunde später eine weitere Erklärung ab, in der es hieß, dass das Luftfahrzeug als einer ihrer Hubschrauber identifiziert worden sei. Dieser sei auf einem Übungsplatz abgestürzt. Commander Zach Harrell von der Naval Air Station North Island in San Diego erklärte:

"Nach ersten Berichten haben alle vier Besatzungsmitglieder den Absturz überlebt. Eines der Besatzungsmitglieder hat eine nicht lebensbedrohliche Verletzung erlitten und wurde in ein örtliches Krankenhaus gebracht."

Es ist bereits der zweite Absturz in Imperial County innerhalb von zwei Tagen. Am Mittwochnachmittag stürzte eine MV-22 Osprey des 3. Marineflugzeuggeschwaders nahe der Gemeinde Glamis unweit der Grenze zwischen den USA und Mexiko ab. Alle fünf Menschen an Bord wurden getötet. Die Naval Air Facility El Centro dementierte erste Berichte, wonach der Kipprotor-Transporter "nukleares Material" transportiert habe.

Die US-Marine und die Marineinfanteristen führen seit einigen Wochen auf dem

Übungsgelände im Imperial County in der Wüste an der Grenze zwischen Kalifornien und Arizona Übungen durch.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a30f9548fbef7ed352a02a.jpg>

12:20 de.rt.com: **Streitkräfte Russlands und der DVR bewegen sich auf Slawjansk zu**

Truppen der Donezker Volksmiliz und der russischen Armee rücken nach Angaben der Donezker Volksrepublik (DVR) auf die Stadt Slawjansk vor. Dies geht aus einer Nachricht hervor, die am Freitag auf dem Telegram-Kanal des Hauptquartiers der territorialen Verteidigung der Republik veröffentlicht wurde. Darin hieß es laut [TASS](#):

"Seit dem 10. Juni haben Truppen der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung durch die russischen Streitkräfte 235 Siedlungen auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik befreit und vollständig unter ihre Kontrolle gebracht. Darunter Tripolje, Wladimirowka, Stawka und Lipowoje. Fortschritte in Richtung Slawjansk sind im Gange."

Slawjansk ist eine Stadt im Norden der DVR. Sie steht seit 2014 unter der Kontrolle Kiews. Sie ist ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt, Industriezentrum sowie ein Schlammadeort. Vor Beginn der aktiven Kämpfe hatte die Stadt rund 107.000 Einwohner. Hier und im benachbarten Kramatorsk errichteten die ukrainischen Streitkräfte auf einer Gesamtfläche von mehr als 170 Quadratkilometern ein starkes, befestigtes Gebiet mit Vorräten an Waffen und Munition, Treib- und Schmierstoffen sowie Lebensmitteln. In dicht besiedelten Gebieten der Stadt haben die ukrainischen Kämpfer in Häusern schwere Waffen untergebracht und Schützenstände eingerichtet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a300e2b480cc78ef099c24.jpg>

12:40 de.rt.com: **RIA Nowosti: In Deutschland hergestellter Schulterchutz auf Gelände von Asow-Stahl entdeckt**

Nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti sind in der Stadt Mariupol

auf dem Gelände des Stahlwerks Asow-Stahl Teile von in Deutschland hergestellten schusssicheren Westen gefunden worden.

Dem Bericht zufolge sei in jenem Teil des Stahlwerks, wo sich ukrainische Nationalisten befunden hatten, ein in Deutschland hergestellter Schulterprotektor, der gegen Splitter schützen soll, entdeckt worden. Außerdem seien dort Chevrons des Asow-Regiments, T-Shirts, Fleecehemden mit den Markierungen der Asow-Einheit und weitere Ausrüstungsgegenstände aufgefunden worden.

13:00 de.rt.com: **Russische Streitkräfte zerstören ukrainischen Luftwaffenstützpunkt in Dnepr**

Die russischen Luftstreitkräfte haben die ukrainische Luftfahrttechnik auf dem Militärflugplatz Dnepr mit hochpräzisen Raketenangriffen aus der Luft zerstört. Dies erklärte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, bei einer Pressekonferenz am Freitag gegenüber Reportern. Außerdem wurden ihm zufolge die Produktionsanlagen eines Reparaturwerks für ukrainische Waffen und militärische Ausrüstung nahe Charkow vernichtet.

Bei den Raketenangriffen wurden auch zwei ukrainische Kommandoposten, 27 Sammelorte für militärisches Personal und Ausrüstung sowie fünf Artilleriestellungen getroffen, darunter zwei Raketenwerfer-Batterien in den Gebieten Soledar und Paraskowijewka bei Donezk, so Konaschenkow. Darüber hinaus wurden fünf Waffendepots in der Gegend von Bachmut und Berestowoje in der DVR und Loskutowka in der LVR zerstört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a30e0c48fbef025662639c.jpg>

13:20 de.rt.com: **Gorlowka: Zwei Frauen bei Beschuss durch ukrainisches Militär getötet**

Zwei Zivilisten in einer Siedlung nahe der Stadt Gorlowka sind an den Folgen des Beschusses durch ukrainische Truppen gestorben. Dies [teilte](#) der Bürgermeister der Stadt, Iwan Prichodko, am Freitag auf Telegram mit. Ihm zufolge handelt es sich um zwei Frauen, Jahrgang 1954 und 1957.

Gorlowka liegt rund 50 Kilometer nördlich von Donezk und zählt zu den größten Städten der Region.



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/oBGuk-yZvvvhB7M4Lvs1BZabSn2r2HqQG5RFd2yrkYuDIo2Wl59VsuuvofbIE51chatq6h7XmwfPLzzdo2xH3g0kPsehoiuOXnqWUSsdCDVYTeDCR0VnJ6Nr2hq93QAduPm3khYGwOtbCCdvezcqj762S9ght7jwnLF9DNXCITs16uSUQnCX0mLmSL-jqXCdELKxld9EBwXX1Z6M5D4cJ9UIN9z6QWQ1D0PHyZurcyt2NqWTmczeOall6hil-cAt60N57vDw1qy3JKmEMuh8Z9l7sYXijLbZlXlNaacxIdEBL50d_y_kfmKPoWm6lFN2jnIqPWADbSoL4Htqx6ew.jpg

13:20 de.rt.com: **In Donezk zum Tode verurteilter Söldner: "Zieh' nicht in einen Krieg, den du nicht verstehst"**

Shaun Pinner, der an der Seite kiewtreuer Truppen kämpfte und am Donnerstag von einem Donezker Gericht zum Tode verurteilt wurde, teilt seine Einsichten und Wünsche. Zum Leidwesen aller Beteiligten stellten sich die Erkenntnisse zu spät ein.

Der Brite Shaun Pinner, sein Landsmann Aiden Aslin und der Marokkaner Saadun Brahim wurden für schuldig befunden, als Söldner am Versuch einer gewaltsamen Machtübernahme in der Volksrepublik Donezk teilgenommen zu haben. Außerdem wurden sie beschuldigt, eine Ausbildung absolviert zu haben, um terroristische Anschläge und Sabotageakte auf dem Gebiet des im Februar von Russland offiziell anerkannten Staates durchzuführen. Pinner und Brahim bekannten sich im erstgenannten Punkt für schuldig.

In einem exklusiven Interview an RT, das kurz vor der Urteilsverkündung geführt wurde, rief Sean Pinner alle potenziellen Söldner zum Eingestehen der Tatsache auf, dass sie vor Gericht kommen und – im schlimmsten Fall – zum Tode verurteilt werden. Falls dies geschehe, so Pinner, solle man sich auch nicht beschweren.

Dienst für Kiew – ein wohlgemeinter Fehler?

Pinner breitete aus, dass seine Entscheidung, dem ukrainischen Militär beizutreten, von mehreren Faktoren beeinflusst worden war. So wollte seine ukrainische Frau nicht nach Großbritannien ziehen und er selbst konnte in der Ukraine keine andere Arbeit finden, um seine Familie zu versorgen. Nach seinen immerhin neun Jahren im britischen Militär beschloss Pinner daher, einen Dreijahresvertrag mit den ukrainischen Streitkräften zu unterzeichnen. Dieser verschaffte ihm neben dem Wehrsold außerdem eine Niederlassungserlaubnis in der Ukraine. Als "ukrainischer Patriot" hielt der Brite dies für eine gute Gelegenheit, "der Ukraine etwas zu geben und dafür natürlich auch etwas zurückzubekommen".

Er verriet, dass das Standardgehalt eines sogenannten Freiwilligen unter Vertrag bei Dauereinsatz einem Betrag von 360 Britischen Pfund entspreche. Diese Summe könne für die Teilnahme an Kampfhandlungen auf rund 1.000 Pfund angehoben werden.

Laut Pinner lag der Schwerpunkt der von ihm durchlaufenen militärischen Ausbildung in der Ukraine hauptsächlich auf der Reinigung und Wartung militärischer Ausrüstung und weitaus weniger auf anderen militärisch relevanten Fertigkeiten.

Es gab außer ihm weitere Ausländer in seiner Einheit, verriet der Brite. Doch drei von ihnen seien im vergangenen Jahr desertiert und "einfach weggegangen".

Der aktive Kampfdienst begann für Pinner erst im Dezember vergangenen Jahres und seit Februar sei er jeden Tag schließlich "voll dabei gewesen".

Die Gefangenschaft und die Verhöre seien für Pinner "sehr, sehr hart" gewesen. Ebenso wie die Einsamkeit und die "sehr beengten Bedingungen". Während des Verhörs seien ihm schreckliche Fotos gezeigt worden, auf denen angeblich die Misshandlung russischer Kriegsgefangener durch ukrainische Kämpfer zu sehen gewesen seien. Den Gegensatz zwischen dieser Behandlung von Gefangenen und der, die er selbst erfuhr, unterstrich er selbst:

"Ich kann nicht wirklich meckern. Ich wurde nicht erschossen oder angeschossen und ich habe noch alle meine Gliedmaßen und Finger."

Pinner äußerte die Hoffnung, dass er und andere Ausländer, die als Söldner angeklagt sind, ausgetauscht werden können.

Auf die Frage, was er nach Beendigung seines Vertrags mit dem ukrainischen Militär zu tun gedenke, antwortete Pinner, dass er und seine Familie beabsichtigten, nach England zu ziehen und dort "ein neues Leben zu beginnen". Er offenbarte, überhaupt sei die in Gefangenschaft verbrachte Zeit in vielerlei Hinsicht eine augenöffnende Erfahrung für ihn gewesen. Eine seiner Einsichten lautete:

"Manche Menschen wollen eben zu Russland gehören, und das muss man akzeptieren."

Außerdem erklärte er, dass nun, nachdem er das "Gesicht von Donezk" gesehen habe, der Krieg für ihn vorbei sei – ganz gleich, was mit ihm geschehe. Auch verriet er einen Wunsch: Er würde gern "mehr über die Geschichte beider Seiten lernen".

Dass diese Einsichten und Wünsche höchstwahrscheinlich zu spät kommen dürften, ahnte Sean Pinner anscheinend noch vor seiner Urteilsverkündung. Als wichtigste Einsicht spricht er eine Warnung an Möchtegern-Söldner und enthusiastische Freiwillige aus:

"Zieh' nicht in einen Krieg, den du nicht richtig verstehst."

Der Hintergrund

Sean Pinner und Aden Aislin wurden im April in Mariupol gefangen genommen, als Truppen Russlands und der DVR eine Brigade ukrainischer Marinesoldaten, der sie angehörten, abschnitten. Die britische Regierung forderte, dass sie als Kriegsgefangene im Sinne der Genfer Konventionen behandelt werden, obwohl das Vereinigte Königreich sich formal nicht im Krieg mit der Republik befindet. Die Volksrepublik Donezk wies jedoch darauf hin, dass die Konventionen nur für uniformierte Soldaten eines nationalen Militärs gelten, nicht aber für augenscheinlich ausländische Söldner.

Anfang dieses Monats veröffentlichte der russische Militärsprecher Generalleutnant Igor Konaschenkow Daten, denen zufolge die Zahl der ausländischen Kämpfer aller Art in der Ukraine, die er als "Söldner" summierte, von 6.600 auf 3.500 zurückgegangen sei.

Konaschenkow gab an, dass Hunderte von ausländischen Söldnern in der Ukraine durch russische Präzisionswaffen mit großer Reichweite vernichtet worden seien. Meist "kurz nach ihrer Ankunft an den Orten, an denen sie eine zusätzliche Ausbildung erhielten und an denen sie in die taktischen Einheiten eingeführt wurden".

Doch die meisten Söldner, so der Sprecher, seien "aufgrund niedrigen Ausbildungsniveaus und Mangels an echter Kampferfahrung" getötet worden.

Auch hätten gefangen genommene ausländische Kämpfer bei Verhören berichtet, die Kommandeure der ukrainischen Truppen würden sie im Zweifelsfall zuerst opfern, bevor sie den Tod ukrainischer Soldaten riskierten. Aus all den Gründen, so Konaschenkow, sei seit Anfang Mai "der Zustrom ausländischer Söldner in die Ukraine, die sich an

Kampfhandlungen gegen die russischen Streitkräfte beteiligen wollen, praktisch versiegt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a3115648fbef01e963a4ae.png>

13:40 de.rt.com: **Gebietsverwaltung: Grenzen zwischen Gebiet Cherson und der Krim werden aufgehoben**

Langfristig sollen die Grenzen zwischen dem Gebiet Cherson und der Halbinsel Krim aufgelöst werden, teilte Kirill Stremoussow, der stellvertretende Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson, dem russischen Rundfunksender Solowjow Live mit. Dies solle unter anderem dem Getreideexport zugute kommen. Stremoussow sagte: "Ich denke, dass diese Grenzen perspektivisch ganz wegfallen werden und Getreide nicht nur nach Russland, sondern auch in andere Staaten fließen wird."

13:44 de.rt.com: **Die Linke enthält sich: Bundesrat stimmt für Grundgesetzänderung zur Bundeswehr-Aufrüstung**

Das 100-Milliarden-Programm zur besseren Ausrüstung der Bundeswehr ist beschlossene Sache. Der dazu erforderlichen Änderung des Grundgesetzes stimmte nun auch der Bundesrat zu. Der Deutsche Bundestag hatte dies bereits vor einer Woche beschlossen.

Das 100-Milliarden-Programm zur Aufrüstung der Bundeswehr kann anlaufen. Nach dem Deutschen Bundestag hat nun am Freitag auch der Bundesrat die dafür notwendige Änderung des Grundgesetzes beschlossen. Damit dürfen unter Umgehung der Schuldenbremse Kredite von 100 Milliarden Euro aufgenommen werden, um die Streitkräfte besser auszurüsten. Für die Verfassungsänderung war eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Die überwiegende Mehrzahl der Bundesländer stimmte dieser Änderung des Grundgesetzes zu. Der Bundesrat ließ anschließend auch das Gesetz für die Einrichtung des Sondervermögens passieren, aus dem die Finanzierung erfolgen soll. Die Länder mit Regierungsbeteiligung der Partei Die Linke – also Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen – enthielten sich im Bundesrat der Zustimmung. Wenn in einer Landesregierung die Koalitionspartner divergierendes Abstimmungsverhalten präferieren, was bei allen vier Landesregierungen mit Beteiligung Der Linken der Fall sein dürfte, dann wird im Bundesrat bei der "Abfrage nach Zustimmung" nicht zugestimmt. Dieses Verhalten wird gemeinhin "Enthaltung" genannt, obgleich der Bundesrat nur die Zustimmung, aber weder Enthaltung noch Ablehnung abfragt. Eine Enthaltung zählt somit als Nicht-Zustimmung.

Bei der Abstimmung zum Aufrüstungspaket im Bundestag am 3. Juni hatten alle abstimmenden Abgeordneten der Linken sowie die Hälfte der AfD-Abgeordneten mit "Nein" gestimmt. Aus anderen Bundestagsfraktionen gab es nur vereinzelte Gegenstimmen, nur die FDP votierte sogar geschlossen für die 100 Milliarden Ausgaben und die damit verbundene Schuldenaufnahme zulasten der Steuerzahler.

Die Vorsitzenden der Landesverbände der Partei Die Linke begründeten die Enthaltungen in einer gemeinsamen Erklärung am Freitag so:

"Die nunmehr beschlossenen zusätzlichen Ausgaben zur Aufrüstung der Bundeswehr werden weder das Sterben in der Ukraine beenden noch künftig für eine friedlichere und sichere Welt sorgen".

In das Grundgesetz wird damit ein neuer Artikel 87a aufgenommen. Er regelt die Kreditaufnahme für das Sondervermögen an der sogenannten Schuldenbremse vorbei. Mit dem Geld sollen in den kommenden Jahren neue Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe, Panzer und Munition angeschafft werden. Es geht aber auch um personelle Ausrüstung wie Nachtsichtgeräte und Funkgeräte.

Einige Rüstungsprojekte sind schon angeschoben worden. Darunter ist der geplante Kauf von F-35-Tarnkappenflugzeugen aus den USA sowie die Beschaffung von 60 schweren Transporthubschraubern des Modells CH-47F für den Lufttransport von Soldaten und Material.

Die Bundeswehr erhalte nun "endlich die Ausrüstung, die sie verdiene", lobte Bayerns Bundes- und Europaminister Florian Herrmann (CSU) als einziger Redner in der Bundesratssitzung die Entscheidung:

"Heute ist ein guter Tag für die Bundeswehr und die Sicherheit unseres Landes. Wir machen einen großen Schritt hin zu einer schlagkräftigen Bundeswehr, auf die wir uns auch angesichts der veränderten Bedrohungslage verlassen können."

Die Bundeswehr soll jetzt eine "vollständig einsatzfähige Armee" werden. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte die massive Aufrüstung bereits drei Tage nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine angekündigt. Die zusätzlichen Investitionen sollen auch dafür sorgen, dass Deutschland zumindest im Durchschnitt mehrerer Jahre das Zwei-Prozent-Ziel der NATO deutlich übererfüllt, also mindestens zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung in die eigene militärische Kampfkraft im NATO-Verbund investiert.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a32672b480cc70c972d632.jpg>

Vor dem Bundesrat in Berlin fanden am Freitag die wenigen Protestierenden gegen die Aufrüstung der Bundeswehr keine Beachtung.

14:20 de.rt.com: **Selenskij fordert schnelleres Vorgehen im ukrainischen EU-Prozess**

Die Europäische Union solle die Ukraine nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten unterstützen und ihre Beratungen über einen EU-Beitritt seines Landes beschleunigen, sagte der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij am Freitag in einer Videobotschaft auf dem Kopenhagener Demokratie-Gipfel der Stiftung Alliance of Democracies.

Wenn eine Umfrage zeige, dass 71 Prozent der Europäer die Ukraine als Teil der europäischen Familie betrachteten, dann frage er sich, warum es immer noch skeptische Politiker gebe, die

in der Hinsicht zögerten, kritisierte Selenskij. Es müsse schon in den nächsten Wochen und Tagen gehandelt werden:

"Die Europäische Union kann einen historischen Schritt unternehmen, der beweist, dass Worte über die Zugehörigkeit des ukrainischen Volkes zur europäischen Familie nicht bloß leere Worte sind."

Dem ukrainischen Volk sei lange gesagt worden, dass es in der Grauzone zwischen der EU und Russland bleiben müsse. Diese Grauzone, die für Russland so verlockend sei, müsse beseitigt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a3176d48fbef028515916e.jpg>
g

14:40 de.rt.com: **Russische Notenbank senkt Leitzins zum vierten Mal in Folge**

Wie erwartet hat die russische Notenbank am Freitag den Leitzins um weitere 1,5 Prozentpunkte auf 9,5 Prozent reduziert. Damit erreicht der Leitzins wieder das Vorkrisenniveau.

Dies ist bereits die vierte Lockerung der Geldpolitik der russischen Zentralbank. Nach einer Rekorderhöhung des Leitzinses auf 20 Prozent Ende Februar hat die Bank den Leitzins bereits dreimal gesenkt.

Begründet wird der Schritt mit einer deutlichen Verlangsamung des Preiswachstums. In der Woche vom 28. Mai bis 3. Juni wurde in Russland zum zweiten Mal in einem Monat eine Deflation verzeichnet: Laut dem Föderalen Dienst für staatliche Statistik fielen die Preise um 0,01 Prozent. Auch die Prognosen in Bezug auf die Jahresinflation verbessern sich. Laut einer im Juni durchgeführten Umfrage der Zentralbank werde diese 17 Prozent betragen, obwohl die Notenbank zunächst von 22 Prozent ausgegangen war.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a32068b480cc7da7722bdf.jpg>

15:00 de.rt.com: **Habeck wirbt mit neuer Kampagne für das Energiesparen**

Mit Blick auf die bevorstehende Herbst- und Wintersaison hat Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck bei einer Veranstaltung am Freitag in Berlin für das Energiesparen geworben. Er stellte eine neue Kampagne unter dem Motto "80 Millionen gemeinsam für den Energiewechsel" vor und appellierte an seine Mitbürger, sich der Aktion anzuschließen. Habeck beteuerte:

"Wer Energie spart, hilft, dass Deutschland unabhängiger von russischen Importen wird und tut was fürs Klima."

Der Minister sah ein, dass die Preise für fossile Energie derzeit enorm hoch seien, und fügte hinzu:

"Gerade im Herbst werden viele Menschen deutlich höhere Heizrechnungen bekommen als sonst. Allein schon deshalb ist Energiesparen dringend notwendig, und ich weiß, dass viele schon schauen, wo sie etwas einsparen können, gerade, wenn sie ohnehin auf jeden Cent achten müssen."

Tipps und Hinweise sollten das so leicht wie möglich machen, sagte Habeck ferner. Er argumentierte:

"Regelmäßig das Eisfach abtauen, Duschkopf wechseln oder in Büros die Beleuchtung auf LED umstellen – das senkt den Verbrauch. Und wenn viele das machen, bringt das in der Summe wirklich was."

Im Rahmen der Kampagne sind Anzeigen auf digitalen Anzeigetafeln etwa an Bahnhöfen, im Internet und in sozialen Netzwerken geplant. Hinzu kommen eine Telefon-Hotline und Veranstaltungen. Das Motto bezieht sich auf die Einwohnerzahl Deutschlands, wo nach Angaben des Statistischen Bundesamts zuletzt 83,2 Millionen Menschen lebten. Die Kampagne richtet sich aber ebenso an Unternehmen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a32d8db480cc78f5426eb4.jpg>

Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz Robert Habeck bei der Vorstellung einer neuen Kampagne für das Energiesparen in Berlin, 10. Juni 2022

16:06 (15:06) novorosinform.org: **Lawrow forderte den polnischen Präsidenten auf, sich mit der Geschichte seines Staates vertraut zu machen**

Der Leiter der russischen Diplomatie, Sergej Lawrow, antwortete Andrzej Duda für seinen Vergleich von Wladimir Putin mit Hitler, berichtet TASS.

Da sich das polnische Staatsoberhaupt erlaube, solche Vergleiche zu äußern, sollte es seine Geschichte während des Großen Vaterländischen Krieges studieren, bemerkte Lawrow.

„Polen und seinen Führern, die solche Maximen zulassen, sollte wahrscheinlich geraten werden, ihre eigene Geschichte und die Ereignisse zu studieren, die der polnischen Geschichte zugrunde liegen“, sagte der russische Außenminister.

Lawrow bemerkte, dass es für ihn jedes Mal schwieriger werde, solche Äußerungen europäischer und ukrainischer Politiker zu kommentieren.



https://novorosinform.org/content/images/64/17/46417_720x405.jpg

16:21 (15:21) novorosinform.org: **Scholz sollte Serbien nicht erklären, wie es sich auf internationaler Ebene zu verhalten hat – Sacharowa**

Belgrad ist Brüssel nichts schuldig, aber Bundeskanzler Olaf Scholz hält es für angebracht, den Menschen in Serbien Ratschläge zu erteilen. Dies wurde von der offiziellen Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärt.

„Das sind Serbiens ‚Freunde‘? Belgrad ist Brüssel noch immer nichts schuldig, und dem serbischen Volk wird bereits in beherrschendem Ton gesagt, was und wie es zu tun hat. Wie geht

es weiter?“ - schrieb Sacharowa im Telegramm.

Es sei darauf hingewiesen, dass der deutsche Bundeskanzler während seines Besuchs im selbsternannten Kosovo sagte, dass das Kosovo und Serbien „ein umfassendes Abkommen erzielen sollten“, das die Frage der „Anerkennung des Kosovo und Serbiens“ lösen würde. Laut Scholz könnten Länder nicht Teil der EU werden, ohne sich gegenseitig anzuerkennen.



https://novorosinform.org/content/images/64/24/46424_720x405.jpg

15:25 de.rt.com: **Wegen Geldentwertung: Jeder Sechste schränkt sich beim Essen ein**

Die hohe Inflation aufgrund der jahrzehntelangen Ausweitung der Geldmenge durch die EZB, der Lockdowns durch die Corona-Situation sowie die antirussischen Sanktionen beuteln die Verbraucher in Deutschland immer stärker. Jeder Sechste spart nun auch beim Essen.

Ebbe in Deutschlands Küchen: Wegen der Rekord-Inflation sparen einer Umfrage zufolge 16 Prozent der Deutschen reguläre Mahlzeiten ein. Weitere 13 Prozent könnten dazukommen, wenn die Geldentwertung anhält, wie die Bild unter Berufung auf eine Insa-Umfrage am Freitag berichtet. Von allen Befragten kaufen demnach 41 Prozent in günstigeren Supermärkten ein, 42 Prozent sparen durch den Verzicht auf Fleisch und Fisch.

Die Inflation in Deutschland war im Mai offiziell auf 7,9 Prozent gestiegen, während sich Nahrungsmittel innerhalb eines Jahres um mehr als elf Prozent verteuerten. Zuletzt hatte es vor 39 Jahren aufgrund der "Öl-Krise" in Westdeutschland annähernd hohe Werte gegeben.

Die Geldentwertung zeigt sich vor allem bei den Energiekosten infolge der antirussischen Sanktionen. Sie ist aber insbesondere eine Folge des jahrzehntelangen Fiat-Geld-Druckens der EZB sowie der Lockdowns aufgrund der Corona-Situation und daraus resultierender gestörter Lieferketten.

Der Präsident des Sozialverbands Deutschland (SoVD) Adolf Bauer meldete große Sorgen aufgrund der Ergebnisse der Umfrage an. Er verlangte mehr Gegensteuern von der Bundesregierung. Die Präsidentin des Sozialverbands VdK Verena Bentele meinte, die Menschen litten massiv unter den gestiegenen Preisen. Sie fuhr fort:

"Mitglieder berichten uns, dass sie sich nur noch Nudeln und Toast leisten können."

Sie schlägt daher eine Streichung der Mehrwertsteuer auf frische Lebensmittel und eine finanzielle Entlastung für jene vor, die bei der Energiepauschale leer ausgegangen seien.

Zudem sollen Rentner, pflegende Angehörige und alle, die 2022 lediglich Kranken-, Übergangs- oder Elterngeld erhalten, ein Energiegeld von 300 Euro erhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a320c948fbef029340f086.jpg>

Eine Mitarbeiterin der Berliner Tafel packt am 22. Dezember 2021 in einer Halle auf dem Berliner Großmarkt Lebensmittel in Papiertüten.

15:25 de.rt.com: **Schweiz übernimmt sechstes EU-Sanktionspaket gegen Russland**

Die Schweiz hat sich wie schon mehrmals zuvor den EU-Sanktionen gegen Russland angeschlossen. Die Sanktionsliste ist mit derjenigen der Europäischen Union identisch und umfasst Militäranghörige, Organisationen sowie bestimmte Oligarchen und deren Familienangehörige. Unter anderem übernimmt die Schweiz auch das Embargo auf Rohöl und bestimmte Erdölzeugnisse aus Russland.

Der Bundesrat in Bern genehmigte zudem den Ausschluss von vier russischen und weißrussischen Banken, darunter der Sberbank, Russlands größter Bank, aus dem SWIFT-Zahlungssystem. Die Anpassungen treten diesen Freitag in Kraft.

15:50 de.rt.com: **Özdemir reist nach Kiew und verspricht Unterstützung für ukrainische Landwirtschaft**

Bundesagrarminister Cem Özdemir ist derzeit in der Ukraine. Dort versprach er Hilfe aus Deutschland zur Aufrechterhaltung der Landwirtschaft und der Exporte. Bei seinem Besuch in einem Agrarkolleg nahe Kiew betonte er:

"Der Erfolg der ukrainischen Landwirtschaft ist nicht nur für die Ukraine wichtig, er ist für uns alle wichtig."

Unter anderem kündigte der Minister 500.000 Euro zum Ausbau von Laborkapazitäten in Ismail an der Grenze zu Rumänien an, um die Abfertigung von Agrarexporten zu beschleunigen. Zudem will Deutschland fünf Millionen Euro für Tierarzneimittel bereitstellen.

Özdemir traf in Kiew mit seinem ukrainischen Amtskollegen Nikolai Solski zusammen. Das Wichtigste sei es, dass der Krieg so schnell wie möglich ende, betonte der Grünen-Politiker. Im Gespräch ging es auch darum, alternative Wege für Agrarexporte angesichts blockierter Häfen zu finden. Er teile die Skepsis in der Ukraine, dass Russland angeblich bereit wäre, Korridore über das Schwarze Meer zu ermöglichen, sagte Özdemir. "Das wäre für die Ukraine Kamikaze, sich auf das Wort von Putin zu verlassen, ohne dass es glaubwürdige, wirksame militärische Garantien gibt, dass die Sicherheit der ukrainischen Häfen und der Schiffe abgesichert ist."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a3378c48fbef075d77ba5f.jpg>

Bundesagrarminister Cem Özdemir und sein ukrainischer Amtskollege Nikolai Solski mit ihren jeweiligen Delegationen im ukrainischen Landwirtschaftsministerium, Kiew, 10. Juni 2022

16:08 de.rt.com: **"Deutsche Flagge" weht bald wieder bei Sarajevo? – Bundeswehr soll wohl nach Bosnien-Herzegowina**

Erst jüngst war Verteidigungsministerin Lambrecht zu Gesprächen in die bosnische Hauptstadt gereist. Ein neuer Einsatz deutscher Soldaten im Land soll auch Thema gewesen sein. Nun kündigte der Hohe Vertreter, der Deutsche Christian Schmidt, die Rückkehr der Bundeswehr nach Sarajevo an.

Seit rund zwei Jahren steckt Bosnien-Herzegowina in der wahrscheinlich größten politischen Krise seit dem Ende des Bürgerkrieges 1995. Die drei gleichberechtigten ethnischen Gruppen – bosnische Muslime, die sich seit Mitte der 1990er Jahre offiziell Bosniaken nennen, christlich-orthodoxe Serben und katholische Kroaten – machen jeweils eine andere Seite dafür verantwortlich.

Die bosnischen Kroaten pochen beispielsweise seit Monaten auf eine Wahlgesetzänderung, wodurch die Wahl eines Vertreters ihrer Ethnie gesichert werden soll, der demnach tatsächlich für ihre Interessen eintreten soll. Zurzeit fühlen sie sich wohl nicht richtig repräsentiert. Den Bosniaken werfen sie vor, ihre Anliegen zu blockieren. Alle drei Volksgruppen haben gemäß dem Friedensabkommen von Dayton jeweils einen Vertreter im Staatspräsidium.

Die bosniakische Seite wiederum wirft den serbischen Politikern im Land Ultra-Nationalismus und Separatismusbestrebungen vor, die zu einer Abspaltung des serbischen Landesteils führen sollen. Die bosnischen Serben derweil sehen die Existenz ihrer Entität – Republika Srpska – bedroht und werfen den Bosniaken ein Vortreiben der Zentralisierung Bosnien-Herzegowinas vor, womit jene demnach als Mehrheitsvolk die Dominanz im Land hätten. Führende Politiker der Serben wie Milorad Dodik pochen zudem auf gute Beziehungen zu Russland und lehnen bislang offiziell einen Beitritt zur NATO ab.

Die Bosniaken ihrerseits sehen dadurch die Existenz des Gesamtstaates bedroht und verweisen stets auf "den böswilligen Einfluss" Moskaus, durch den eine Durchführung "notwendiger Reformen" verhindert werde, die letztlich zu einem EU- und NATO-Beitritt führen sollen. Die Spannungen im Land hatten sich zuletzt – seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine – deutlich verschärft. Während die serbische Seite es ablehnte, sich den Sanktionen Brüssels gegen Moskau anzuschließen, befürchtete die bosniakische Seite vor allem eine vermehrte russische Einflussnahme.

Auch aus mehreren westlichen Ländern kam mit dem Beginn der russischen Invasion in der Ukraine die Mahnung, dass man nun andere Regionen in Europa nicht vernachlässigen sollte. Erst jüngst weilte Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht in Sarajavo und betonte vor Reportern:

"Wir müssen dafür sorgen, dass diese Region stabil bleibt. Nur das ist die Gewährleistung dafür, dass eine Annäherung an NATO und EU möglich ist."

Bei ihrem Besuch in der Hauptstadt Bosnien-Herzegowinas erwähnte sie auch, dass man in Berlin derzeit prüfe, ob angesichts einer verschlechterten Sicherheitslage erneut auch deutsche Soldaten in das Westbalkanland entsandt werden sollten, wohl im Rahmen der EU-Mission EUFOR Althea. Jene war im Jahr 2004 ins Leben gerufen worden, um die Sicherheit in Bosnien-Herzegowina und die Umsetzung des Friedensvertrags von Dayton zu überwachen. Seit November 2012 war Deutschland nicht mehr an der Mission beteiligt. Deutsche Soldaten waren zuvor im Land bei den von der NATO geführten Militärmissionen IFOR und SFOR dabei.

Der Gesamtstaat besteht aus der Serbenrepublik – Republika Srpska/RS – und der bosnisch-kroatischen Föderation (FBiH). Über die Einhaltung des Friedensvertrags wacht ein Beauftragter der internationalen Gemeinschaft, derzeit der Deutsche Christian Schmidt. Er hat viel Macht: kann Gesetze erlassen, Amtsträger absetzen oder neue Behörden schaffen. Schmidt hatte erst im Jahr 2021 sein Amt angetreten, doch die bosnischen Serben wollen das Amt des Hohen Repräsentanten, wie es offiziell heißt, abschaffen.

Nun kündigte der CSU-Politiker vor wenigen Tagen an, dass die deutschen Soldaten tatsächlich nach Bosnien-Herzegowina zurückkehren werden. Laut Berichten lokaler Medien habe Schmidt bei einer Pressekonferenz auf die Frage eines Journalisten erklärt:

"Nächste Woche wird im Bundestag ein Antrag gestellt, der es ermöglichen wird, dass in Butmir die deutsche Flagge weht."

Butmir ist ein multinationales Camp bei Sarajevo, das als EUFOR-Hauptquartier dient. Die letzten deutschen Soldaten hatten ihren Einsatz in Bosnien-Herzegowina im Herbst 2012 beendet – nach 17 Jahren. Dies war der erste große und bislang längste Auslandseinsatz der Bundeswehr.

Erst vor wenigen Wochen hatte EUFOR seine Militärpräsenz in dem Balkanland mit weiteren 500 Soldaten aus Österreich, Slowakei, Rumänien und Bulgarien verstärkt. Dies wurde damit begründet, dass man kurz nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine befürchte, dass Moskau versuchen könnte, auch anderswo in Europa Vorfälle zu provozieren. Derzeit verfügt EUFOR über rund 1.100 Soldaten in Bosnien-Herzegowina.

Auch Schmidt betonte bei einer Pressekonferenz laut [Medienberichten](#), dass die internationale Gemeinschaft zur Gewährleistung der Sicherheit der Menschen in Bosnien-Herzegowina beitragen müsse. Jene sei laut dem CSU-Politiker "durch die Militäroperation Russlands in der Ukraine gefährdet" und man wisse nicht, wie sich die Lage in der Zukunft weiterentwickle.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a31c6cb480cc78f5426e96.jpg>

Foto: Deutsche Soldaten sind im Rahmen der sogenannten SFOR-Mission am 8. Mai 1997 in Sarajevo zu sehen.

16:40 de.rt.com: **Britischer Verteidigungsminister besucht Kiew**

Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace hat sich auf seiner Ukraine-Reise mit dem ukrainischen Staatschef Wladimir Selenskij getroffen. Der Präsident bedankte sich am Freitag auf seinem Telegram-Kanal für den Besuch und die Unterstützung Londons im Ukraine-Krieg:

"Ich danke dem Verteidigungsminister Ben Wallace und seinem Team für diesen Besuch und auch dem Vereinigten Königreich als Ganzem, der Regierung und dem Premierminister für ihre Hilfe."

Zuvor hatte Wallace erklärt, London werde von seinen Plänen zur Lieferung von Mehrfachraketenwerfern des Typs M270 an die Ukraine, die mit den USA abgestimmt sei, trotz der Warnungen Russlands nicht absehen. Er gab zudem die Absicht Großbritanniens bekannt, diese Systeme mit Lenkraketen mit einer Reichweite von bis zu 70 Kilometern auszustatten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a34cd748fbef097d25051e.jpg>

16:52 de.rt.com: **Warschau unter Druck: Erneut Proteste in Polen wegen hoher Preise**

Seit Monaten gibt es für die nationalkonservative PiS-Regierung vor allem einen Schuldigen für Probleme wie die wachsende Inflation in Polen: Wladimir Putin. Ökonomen und andere polnische Experten bewerten die Situation differenzierter.

Wegen historisch hoher Preisanstiege vor allem bei Lebensmitteln und Benzin gibt es weitere Proteste in Polen. Im April erreichte die Inflation im Land 12,3 Prozent und damit den höchsten Stand seit 1998. In einem Ausmaß wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr war ein Anstieg der Lebensmittelpreise für 0,9 Prozentpunkte des genannten Anstiegs verantwortlich. Betroffen waren die meisten Lebensmittelkategorien, bei Fleisch war der Anstieg mit einem Sprung von 14,4 Prozent für Geflügel zum Vormonat [besonders ausgeprägt](#).

Die Erklärung der nationalkonservativen PiS-Regierung im April fiel recht schlicht aus: Russland ist schuld. "Heute hängen alle Preise hauptsächlich von den Handlungen und Entscheidungen eines Mannes ab – Wladimir Putin", erklärte Premierminister Mateusz Morawiecki. "Der Krieg in der Ukraine wirkt sich auf die Energiepreise aus, und die wirken sich auf die Kosten für alles aus." Auch Zentralbankchef Adam Glapiński behauptete, der Krieg in der Ukraine sei fast vollständig für den Anstieg der Inflation auf zweistellige Werte verantwortlich.

Schon im November hatte die polnische Regierungspartei PiS die Flüchtlingssituation an der Grenze zu Weißrussland ein Stück weit begrüßt, da sie von der innenpolitischen Krise und einer bereits relativ hohen Inflation von knapp sechs Prozent abgelenkt hatte. Auch damals war es der russische Präsident gewesen, der – zusammen mit Alexander Lukaschenko – von der PiS-Regierung für die Probleme in Polen verantwortlich gemacht worden war.

17:05 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik: Bis zu 70.000 ukrainische Soldaten im Stadtgebiet von Slawjansk**

Der stellvertretende Informationsminister der Volksrepublik Donezk, Artem Olchin, hat die Zahl ukrainischer Militärangehöriger in der Stadt Slawjansk und den umgebenden Ortschaften auf mindestens 60.000 geschätzt. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija 1 erklärte er: "Die Städte zwischen Awdejewka und Slawjansk bilden praktisch einen einzigen Ballungsraum. Verschiedene Experten schätzen die Truppenstärke dort unterschiedlich ein, aber es sind mindestens 60 bis 70 Tausend."

Zuvor hatte der Stab der DVR gemeldet, dass die Streitkräfte der beiden Donbassrepubliken mit russischer Unterstützung in Richtung Slawjansk vorstoßen würden. Die über 100.000 Einwohner zählende Stadt war im Jahr 2014 der erste Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen ukrainischen Truppen und der Bevölkerung des Donbass und steht seitdem unter ukrainischer Kontrolle.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 10. Juni 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.

In 13 befreiten Ortschaften wurden **Renten- und Sozialzahlungen** durchgeführt.

Kommunikationstechniker haben in Mariupol ein weiteres Kommunikationsobjekt in Betrieb genommen, eine weitere 3G-Basisstation wurde in Betrieb genommen. In Krasnyj Lima geht die Untersuchung von Kommunikationsobjekten weiter.

An die Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich 2304 Menschen.

An der Eisenbahnstation Wolnowacha wurden 1930 Meter Oberleitung montiert. An den Eisenbahnstationen Wolnowacha, Mariupol, Mariupol-Hafen werden die Eisenbahngleise wiederaufgebaut.

Zivilschutzkräfte haben **fast 7 Hektar Territorium und mehr als 2500 Quadratmeter Gebäude untersucht und 362 explosive Objekte entschärft.**

Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben in Mariupol und Krasnyj Liman 8915 humanitäre Pakete ausgegeben.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.

Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Sehr geehrte Einwohner der Donezker Volksrepublik!

Im Zusammenhang mit der starken Verschärfung der militärischen Situation, mit zunehmenden Beschüssen von Ortschaften der Donezker Volksrepublik wurde, um Leben und Gesundheit der Bürger zu schützen, auf dem Gebiet der DVR ein System zur Benachrichtigung der Bevölkerung mit Elektrosystemen in Betrieb genommen.

Wenn die Sirenen ertönen, müssen sie in die Schutzräume gehen oder einen sicheren Ort aufsuchen.

Seien Sie aufmerksam! Gefährden Sie nicht Ihr Leben!

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:13 de.rt.com: **Brite Aslin vor Todesurteil in Donezk: Mit Kriegspropaganda betrogen, von London und Kiew verraten**

Der britische Söldner Aiden Aslin, der im Donbass gefangen genommen wurde, hat seine

späte Einsicht preisgegeben: Er sei erst der westlichen medialen Kriegspropaganda auf den Leim gegangen und dann ebenso von Kiew wie von London im Stich gelassen worden. Der britische Staatsbürger Aiden Aslin hatte sich für den Kampf aufseiten der ukrainischen Streitkräfte in Mariupol als Freiwilliger bzw. Söldner verdingt, bevor er sich Mitte April ergab. Nun hat er in einem [Interview mit RT](#) sein Bedauern über die Entscheidung, für Kiew zu kämpfen, zum Ausdruck gebracht. Er sei zunächst durch die Propaganda betrogen worden, die ihn bewogen habe, aufseiten Kiews in den Krieg zu ziehen – und dann, nach seiner Gefangennahme, habe ihn sowohl die ukrainische als auch die britische Regierung im Stich gelassen.

Kurz nach dem Interview mit RT wurde Aslin zusammen mit seinem Landsmann Shaun Pinner und dem Marokkaner Saadoun Brahim von einem Gericht in Donezk zum Tode verurteilt. Alle drei wurden für schuldig befunden, als Söldner an einem Versuch der gewaltsamen Machtübernahme in der Volksrepublik Donezk teilgenommen zu haben. Außerdem wurden sie beschuldigt, eine Ausbildung absolviert zu haben, um terroristische Anschläge und Sabotageakte auf dem Gebiet des im Februar von Russland offiziell anerkannten Staates durchzuführen. Pinner und Brahim gestanden ihre Schuld im erstgenannten Punkt.

Durch mediale Kriegspropaganda von pro-Donbass zu pro-Kiew umgestimmt

Aiden Aslin behauptet, die westlichen Medien hätten eine wichtige Rolle dabei gespielt, ihn davon zu überzeugen, die Sache des Kiewer Regimes zu unterstützen – und ihn schließlich zu einer "Bauernfigur" in einem politischen Spiel gemacht.

Er habe den Ukraine-Konflikt seit dessen Ausbruch im Jahr 2014 in Gänze verfolgt – und sei eigentlich "ursprünglich pro-russisch" und "pro-Donbass" gewesen. Er habe die Wiedervereinigung der Krim mit Russland unterstützt. Auch sei er davon überzeugt gewesen, dass die Menschen im Donbass ein Recht auf Unabhängigkeit haben. Dann aber habe im Jahr 2015 ein Söldnerkollege aus den Reihen der YPG auf ihn eingewirkt, sodass seine Meinung ins Gegenteil umschlug. Außerdem sei er der Propaganda in den westlichen Medien anheimgefallen, so Aslin sinngemäß:

"Meine Ansichten änderten sich, als ich anfing, Medienberichte und anderes Zeug zu sehen: Darin wurde im Grunde genommen gesagt, dass [im Donbass] nicht die Einheimischen, sondern die russischen Soldaten alles machen."

Dabei habe der Brite nach eigenen Angaben auf eine Diversifizierung seiner Informationsquellen geachtet: Er schaue gewohnheitsmäßig sowohl CNN als auch BBC und Fox News (auch wenn alle drei ihm nicht gefallen) und nutze darüber hinaus weitere Medien. Gebracht hat das ihm aber offensichtlich nicht viel: Erst nachdem er sich der DVR-Volksmiliz ergeben hatte, stellte er fest, dass er mit seinen ehemaligen Gegnern, den Soldaten im Donbass, mehr gemeinsam hat als mit den kiewtreuen Truppen, an deren Seite er gekämpft hatte. Sein Fazit:

"Irgendwie wurde ich doch verarscht."

Anzeichen dafür habe der Söldner aber auch schon zuvor vernommen – er selber habe sogar ideologisch motivierte Drohungen von Kämpfern des berüchtigten Asow-Bataillons erhalten, das für seine neonazistische Ideologie bekannt ist. Aslin hatte nach eigener Angabe das Narrativ der westlichen Mainstream-Medien übernommen, Asow habe sich seit seiner Eingliederung in die ukrainische Nationalgarde zum Besseren geändert. Doch bei näherem Kontakt habe er schließlich aus erster Hand erfahren:

"Die haben sich nicht sehr verändert."

Der britische Staatsbürger hatte bekanntermaßen zuvor in Syrien auf Seiten der linksgerichteten kurdischen Miliz YPG gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS, früher ISIS) gekämpft. Als Andenken daran prangt ein YPG-Abzeichen als Tätowierung auf seinem Arm. Ein Asow-Kämpfer habe diese Tätowierung vor zwei Jahren gesehen und Aslin gesagt, er wolle sie ihm "herausschneiden", so der Brite:

"Ich sagte ihm, dass ich politisch links eingestellt bin – und seine Einstellung änderte sich völlig."

Nach diesem Zwischenfall habe das Asow-Regiment ihn "nicht mehr als Freund, sondern eher als Feind" betrachtet.

"Ukraine: Armee mit Alkoholproblem, Artilleristen schlecht ausgebildet, Regierung korrupt"

Aslin zeigte sich ebenfalls skeptisch, was den Ausbildungsstand der ukrainischen Armee anbetrifft:

"Sie sind nicht so professionell, wie sie es gern wären."

Vor allem die Ausbildung der ukrainischen Artilleristen sei "unterdurchschnittlich" und lasse zu wünschen übrig. Ihnen sei gemäß den Worten des Briten durchaus zuzutrauen, auch ohne Absicht militärische Ziele zu verfehlen und stattdessen zum Beispiel zivile Infrastruktur zu treffen. Dies stehe im Gegensatz zu der faschistischen Terrormiliz Asow, deren Artilleristen auch absichtlich Zivilisten beschießen würden und so willentlich Kriegsverbrechen begingen. Und dann sei da noch der Suff:

"Ein weiterer Faktor, den man [im Falle der ukrainischen] Armee bedenken muss, ist der hohe Alkoholkonsum."

Als einen Grund dafür deutete Aslin die Korruption der Regierung in Kiew an – und auch dafür, dass die friedliche Beilegung des Konflikts überhaupt erst scheiterte:

"Sie [die ukrainische Regierung] hätten den Krieg leicht beenden können. Sie hatten die Möglichkeit dazu, haben sich aber dagegen entschieden. Vor allem weil, wie ich glaube, Geld im Spiel war."

Von Kiew im Stich gelassen

Der Brite fühlt sich nun sowohl von Kiew als auch von London im Stich gelassen. So seien all seine Versuche, die ukrainische Seite aus der Gefangenschaft heraus zu kontaktieren, erfolglos geblieben, sagte der ehemalige Kämpfer. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij habe Aslins Fall "nicht ein einziges Mal" erwähnt, seit sich der Brite ergeben habe. In der Zwischenzeit speisten britische Beamte, die er und seine Anwälte kontaktiert haben, ihn lediglich immer wieder damit ab, dass der britische Staatsbürger Aslin "von höchster Priorität" sei... und zwar für die Ukraine! Doch:

"Ich muss die ukrainische Regierung fragen: 'Wenn ihr uns, wie ihr sagt, als Helden betrachtet – warum tut ihr dann so, als würden wir nicht existieren?'"

"Wünschte, ich hätte alles anders gemacht"

Rückblickend gesteht der Brite – wie auch sein Landsmann Shaun Pinner – ein, er hätte die ukrainischen Streitkräfte meiden und sich stattdessen Arbeit im zivilen Leben suchen sollen:

"Ich wünschte, ich hätte alles anders gemacht und mich nicht für die Rolle einer politischen Bauernfigur beim Militär entschieden."

Er forderte andere Ausländer auf, die mit dem Gedanken spielen, sich der Sache Kiews anzuschließen, sich nicht

"mit Betrug in einen Krieg hineinziehen zu lassen, in dem ihr nicht mitkämpfen solltet."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a33bf348fbef07f01d2fb7.png>

17:30 de.rt.com: **Inflation in den USA erreicht 40-Jahres-Hoch**

Die Inflationsrate in den USA ist im Mai auf den höchsten Stand seit mehr als 40 Jahren geklettert. Die Verbraucherpreise stiegen gegenüber dem Vorjahresmonat um 8,6 Prozent, wie das Arbeitsministerium am Freitag in Washington mitteilte. Dies ist der höchste Stand seit Dezember 1981. Volkswirte hatten im Vorfeld mit einer Inflationsrate von 8,3 Prozent gerechnet.

Der US-Dollar und die Kapitalmarktzinsen in den USA stiegen in einer ersten Reaktion. Das spricht dafür, dass die Finanzmärkte mit weiteren und deutlichen Zinsanhebungen der US-Notenbank Fed rechnen. In der kommenden Woche dürfte die Fed den Leitzins erneut um 0,5 Prozentpunkte anheben.

17:44 de.rt.com: **"Weiterer Faden der Freundschaft": Erste Autobahnbrücke zwischen Russland und China eröffnet**

In der russischen Stadt Blagoweschtschensk wurde die erste Autobahnbrücke zwischen Russland und China eröffnet. Der Bau der Brücke wurde bereits 2019 abgeschlossen, allerdings verzögerte sich die Verkehrsfreigabe aufgrund der Corona-Beschränkungen. Bisher gab es nur eine grenzüberschreitende Eisenbahnbrücke.

Am Freitag wurde auf der ersten Autobahnbrücke zwischen Russland und China über den Grenzfluss Amur zwischen Blagoweschtschensk und der chinesischen Stadt Heihe der Güterverkehr eröffnet. Die Teilnehmer der Eröffnungszeremonie, die sich in Peking, Moskau, Wladiwostok und an den Ufern des Amur befanden, waren per Videoschleife zugeschaltet. Juri Trutnew, stellvertretender Premierminister und Gesandter des Präsidenten für den russischen Föderalen Bezirk Fernost, sagte:

"In der heutigen zerrissenen Welt hat die Brücke Blagoweschtschensk-Heihe zwischen Russland und China eine besondere, symbolische Bedeutung. Es wird ein weiterer Faden der Freundschaft sein, der die Völker Russlands und Chinas verbindet. Der Bau der Brücke begann 2016. Tausende von Menschen waren daran beteiligt und arbeiteten rund um die Uhr auf chinesischer und russischer Seite."

Am Freitag überquerten die ersten Lastwagen die Grenzbrücke zwischen Russland und China über den Grenzübergang Kani-Kurgan-Heihe. Acht russische Sattelschlepper des Fahrzeugparks Gazprom Helium Service machten sich auf den Weg nach China. Auch von chinesischer Seite kamen Lastwagen, die Autoreifen und Bauteile für elektrische Geräte transportierten. Laut Witali Saweljew, Verkehrsminister der Russischen Föderation, wird die Inbetriebnahme der Brücke eine Steigerung des Handels mit China auf bis zu eine Million Tonnen Fracht pro Jahr ermöglichen. Saweljew präziserte in diesem Zusammenhang:

"Die Brücke über den Amur wird die notwendige Infrastruktur für die Sonderwirtschaftszone Priamurskaja bereitstellen, zur Senkung der Transportkosten für die Unternehmen beitragen, es den Nachbarregionen ermöglichen, ihre Export- und Importrouten um mehr als das Zweifache zu reduzieren, und die Entwicklung gemeinsamer Investitionsprojekte fördern." Hu Chunhua, stellvertretender Ministerpräsident des Staatsrats der Volksrepublik China, betonte wiederum, die Eröffnung der Brücke zeige den Willen beider Länder, die umfassende Zusammenarbeit zu vertiefen:

"Die chinesische Seite ist bereit, gemeinsam mit der russischen Seite die Chancen zu nutzen, die sich aus der Eröffnung der Brücke ergeben, die Verkehrsverbindungen kontinuierlich zu fördern, bessere Logistikdienste für den Personenverkehr anzubieten und die Handelsbeziehungen zu konsolidieren."

Die Grenzbrücke wurde nach einem einzigartigen Konzessionsmodell gebaut. Am 5. Juni 2016 wurde in Harbin ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Brücke aus außerbudgetären Mitteln gebaut werden sollte. Die Parteien gründeten eine gemeinsame russisch-chinesische Konzessionsgesellschaft mit der Regierung der Region Amur und der Volksregierung der Provinz Heilongjiang als Konzessionsinhaber.

Mit dem Bau der 1.080 Meter langen Brücke war am 24. Dezember 2016 begonnen worden, wobei russische und chinesische Fachleute parallel an der Brücke gearbeitet hatten. Die russische und die chinesische Seite errichteten jeweils 540 Meter. Die Teilstücke wurden synchron von beiden Ufern aus gebaut und am 31. Mai 2019 angedockt. Es ist die zweite grenzüberschreitende Brücke im Fernen Osten. Die erste, eine Eisenbahnbrücke, die Nischneleninskoje und Tongjiang verbindet, wurde am 27. April 2022 fertiggestellt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/article/62a344b3b480cc4cac1130d4.png>

17:55 de.rt.com: **LVR-Botschafter: Kapitulationsverhandlungen mit den im Sewerodonezker Werk "Asot" eingeschlossenen ukrainischen Truppen**

Der Botschafter der Lugansker Volksrepublik in Russland, Rodion Miroschnik, hat auf seinem Telegram-Kanal von Kapitulationsverhandlungen mit den im Werk "Asot" in der Stadt Sewerodonezk eingeschlossenen ukrainischen Militärangehörigen berichtet. Die auf dem Gelände der Chemiefabrik eingekesselten Verbände seien nicht mehr in der Lage, das Werk zu verlassen und sich zurückzuziehen. Miroschnik führte weiter aus:

"Einzelne Vertreter der Militärs versuchen, Kontakt mit den verbündeten Truppen aufzunehmen und irgendwelche Bedingungen zu stellen. Ihnen wird erklärt, dass keine Bedingungen angenommen werden, außer die Waffen niederzulegen und sich in Kriegsgefangenschaft zu ergeben. Sie denken darüber nach."

Der Botschafter fügte hinzu, dass sich auf dem Werksgelände auch Zivilisten befänden. Die Einnahme der Stadt Sewerodonezk war am 8. Juni verkündet worden. Ukrainische

Truppen kontrollieren derzeit nur noch einen Teil des Geländes der Chemiefabrik "Asot", berichtet Miroshnik. Indessen warnte der Leiter des Nationalen Zentrums für die Verteidigungsverwaltung Russlands, Michail Misinzew, dass sich in den Fabrikcellern Zivilisten in der Gewalt der Kiewer Militäreinheiten befänden. Außerdem sollen ukrainische Truppen Behälter mit diversen Säuren vermint haben, um sie bei ihrem Rückzug zu sprengen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a35d1eb480cc4c831e74c3.jpg>

Aufnahme einer Straße in Sewerodonezk vom 9. Juni. Im Hintergrund zu sehen sind die Schornsteine der Chemiefabrik "Asot".

18:59 (17:59) novorosinform.org: **Die Ukraine bereitet Kämpfer auf die bewaffnete Machtergreifung in Weißrussland vor – Lukaschenko**

Weißrussen, die an Feindseligkeiten in der Ukraine teilnehmen, wollen in ihrem Heimatland einen Staatsstreich durchführen. Dies erklärte der Präsident von Belarus Alexander Lukaschenko.

„Die Ukrainer sagen: ‚Nun, wir werden Sie auf eine zukünftige bewaffnete Revolution in Belarus vorbereiten‘, zitierte BelTA Lukaschenko.

Laut dem belarussischen Staatschef würden bewaffnete Militante dazu nicht in der Lage sein: "Wir sehen und kennen alle beim Namen, und wir werden sie bald bekommen. Es braucht nur Zeit", betonte Lukaschenko.



https://novorosinform.org/content/images/64/53/46453_720x405.jpg

abends:

19:01 (18:01) novorosinform.org: **Litauen wird Munition für „Bayraktars“ in die Ukraine transferieren**

Vilnius plant, Luft-Boden-Lenkflugkörper für die Bayraktar TB-2-Drohne zu kaufen und sie nach Kiew zu bringen. Dies teilte das litauische Verteidigungsministerium mit.

Das Abkommen über den Transfer dieser Waffen sei bereits unterzeichnet worden.

„Das Verteidigungsministerium wird bis Ende Juni den Kauf von gelenkten Luft-Boden-Raketen für die Drohne einleiten, die nach Erhalt zusammen mit dem unbemannten Luftfahrzeug in die Ukraine überführt werden“, heißt es in der Mitteilung.

Zuvor sagte der litauische Verteidigungsminister Arvydas Anusauskas, dass die türkische Seite beschlossen habe, seinem Land das Bayraktar TB-2 UAV zu spenden. Von einer Spende war zunächst keine Rede, es wurden Gelder für den Kauf einer Drohne gesammelt. In diesem Zusammenhang beschloss Litauen, mit den gesammelten Mitteln Waffen für die Drohne zu kaufen und sie nach Kiew zu transferieren.



https://novorosinform.org/content/images/64/54/46454_720x405.jpg

19:18 (18:18) novorosinform.oeg: **London hat Donezk nie wegen Söldnern kontaktiert**

London habe sich in der Frage des Schicksals seiner Bürger nicht mit der Führung der DVR in Verbindung gesetzt, sagte der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der Republik, Eduard Basurin.

Er merkte an, dass die britischen Behörden nur ein „Bild“ bräuchten. Tatsächlich glaubten sie, dass die DVR ein nicht existierendes Territorium sei. Gespräche mit der Führung der Republik seien unter ihrer Würde. Das deute darauf hin, dass das Land seine Bürger nicht brauche.

„Wenn es einen Wunsch gegeben hätte, hätten sie einen Weg gefunden, mit unserer Führung zu sprechen und herauszufinden, ob es eine Chance gibt, die Bürger des Vereinigten Königreichs zu retten“, sagte Basurin auf Sendung von „Rossija 1“.



https://novorosinform.org/content/images/64/56/46456_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 10.06.22**

Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 360 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Grad“ und „Uragan“, 155mm-, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von **16 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss **starben 3 Zivilisten, 15 wurden verletzt**. 27 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukture Objekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.

Am heutigen Tag wurden durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation 2 Schützenpanzerwagen, ein Feuerposition für 122mm-Artilleriehaubitzen D-30, 2 Lastwagen und mehr als 40 Mann vernichtet, 2 Feuerpunkte des Gegners im Gebiet von Awdejewka wurden unterdrückt. Ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija“ und ein Schützenpanzer wurden erbeutet.

Außerdem haben in Richtung Gorlowka **9 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte freiwillig die Waffen niedergelegt** und damit ihr Leben gerettet.

Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 3 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 12 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:30 de.rt.com: **Botschafter: Westen drängt Uruguay, Sanktionen gegen Russland zu verhängen**

Der Westen übt weiterhin Druck auf andere Länder in der Welt aus, damit diese Sanktionen gegen Russland verhängen. Das erklärte der russische Botschafter in Montevideo, Andrei Budajew, mit Blick auf Uruguay in einem Interview mit RIA Nowosti. Er sagte:

"Wie Sie wissen, beteiligt sich weniger als ein Drittel der 198 Länder der Welt an der antirussischen Kampagne, indem sie finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen verhängen. Diese Länder repräsentieren den so genannten kollektiven Westen, der zweifellos weiterhin Druck auf andere Staaten ausübt, sich ihm anzuschließen und verschiedene Restriktionen gegen unser Land zu verhängen.

Es ist kein Geheimnis, dass auch lateinamerikanische Länder so behandelt werden – Uruguay

ist da keine Ausnahme."

In diesem Zusammenhang verwies Budajew auf "offene Briefe" der Leiter der diplomatischen Vertretungen von NATO- und EU-Ländern, die eindeutig darauf abzielten, die öffentliche und offizielle Meinung in Uruguay zu beeinflussen. Er erinnerte außerdem an den Besuch westlicher Botschafter beim uruguayischen Außenminister Francisco Bustillo im März dieses Jahres.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.06/original/62a35b3b48fbef07c42fe905.jpg>